

9 Dringliche Anträge

Vorsitzwechsel – StR. Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (14.15 Uhr).

9.1 Verordnung und Rückbau von Schutzwegen (GR DI. Topf, ÖVP)

Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne. Hier geht es um die Verordnung und den Rückbau von Schutzwegen. Dem Schutz von Fußgängern kommt in Zeiten von steigendem Verkehrsaufkommen und zunehmender Aggression im Straßenverkehr eine immer größere Bedeutung zu. Die Flächen für die Verkehrsteilnehmer werden dabei nicht größer, im Gegenteil, müssen immer mehr Gruppen mit dem wenigen vorhandenen Platz das Auslangen finden. Die schwächsten Verkehrsteilnehmer drohen dabei im wörtlichen Sinne unter die Räder zu kommen. Für im Gehen eingeschränkte Personen, für Kinder, werden außerdem in jüngster Zeit einerseits Gehsteigabsenkungen - auch in Kombination mit kleinen Fußgängerinseln in der Fahrbahnmitte - errichtet, die dann aber ohne Schutzweg-Markierungen auskommen müssen und somit keinen Schutz bieten; andererseits werden auch Schutzwege rückgebaut, das jüngste Beispiel in Andritz wurde auch medial hier bearbeitet und aufgezeigt. Für die Fußgängerinnen und Fußgänger in Graz sind derartige Maßnahmen nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern sie geschehen auch zu deren Nachteil. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt:

1. einen Bericht an den Verkehrsausschuss bis März dieses Jahres zu liefern, wie viele Schutzwege seit Beginn in dieser Gemeinderatsperiode verordnet und rückgebaut wurden und im Besonderen wie viele Schutzwege, und das ist besonders wichtig davon in diesem Zeitraum im Umfeld (Radius ca. 500 Meter), so habe ich das einmal festgelegt, von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Seniorenbetreuungseinrichtungen verordnet, rückgebaut oder umgestaltet wurden.

Außerdem möge das Straßenamt darstellen, wie viele Gehsteigabsenkungen in diesem Zeitraum vorgenommen wurden.

2. Bei Rückbau oder Verlegung von Schutzwegen im Umfeld von Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen ist das Einvernehmen mit den betroffenen Einrichtungen zu suchen.
3. Im Vorfeld des Rückbaues oder Verlegung eines Schutzweges ist der Verkehrsausschuss zu informieren und dementsprechend auch über die rechtliche Situation hier aufzuklären.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Dem Schutz von Fußgängern kommt in Zeiten von steigendem Verkehrsaufkommen und zunehmender Aggression im Straßenverkehr eine immer größere Bedeutung zu. Die Flächen für die Verkehrsteilnehmer werden dabei nicht größer, im Gegenteil müssen immer mehr Gruppen mit dem wenigen vorhandenen Platz das Auslangen finden. Die schwächsten Verkehrsteilnehmer drohen dabei im wörtlichen Sinne unter die Räder zu kommen.

Für im Gehen eingeschränkte Personen werden außerdem in jüngster Zeit einerseits Gehsteigabsenkungen – auch in Kombination mit kleinen Fußgängerinseln in der Fahrbahnmitte – errichtet, die dann aber ohne Schutzweg-Markierungen auskommen müssen und somit keinen Schutz bieten; andererseits werden auch Schutzwege rückgebaut, wie das jüngste Beispiel in Andritz zeigt. Für die Fußgängerinnen und

Fußgänger in Graz sind derartige Maßnahmen nicht nur nicht nachvollziehbar, sondern sie geschehen auch zu deren Nachteil.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt:

- 1. einen Bericht an den Verkehrsausschuss bis März dieses Jahres zu liefern, wie viele Schutzwege seit Beginn in dieser Gemeinderatsperiode verordnet und rückgebaut wurden und im Besonderen wie viele Schutzwege davon in diesem Zeitraum im Umfeld (Radius ca. 500 Meter) von Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Seniorenbetreuungseinrichtungen verordnet, rückgebaut oder umgestaltet wurden.
Außerdem möge das Straßenamt darstellen, wie viele Gehsteigabsenkungen in diesem Zeitraum vorgenommen wurden.*
- 2. Bei Rückbau oder Verlegung von Schutzwegen im Umfeld von Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen ist das Einvernehmen mit den betroffenen Einrichtungen zu suchen.*
- 3. Im Vorfeld des Rückbaues oder Verlegung eines Schutzweges ist der Verkehrsausschuss zu informieren.*

Riegler:

Dankeschön, Herr Gemeinderat Topf. Bevor ich das Wort erteile, teile ich für das Protokoll mit, dass Herr Gemeinderat Stefan Haberler in dringlichen Angelegenheiten fortgerufen wurde und deswegen ab sofort, also 14.20 Uhr, nicht mehr an der Sitzung

teilnehmen kann und sich entsprechend die Stimmgewichte etwas geringfügig verschieben. Weiters liegt mir ein Abänderungsantrag vor von Gemeinderat Eber, aber zuvor zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Muhr.

GR. Mag. **Muhr**:

Sehr geehrter Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Antragsteller, lieber Georg. Danke für deinen Antrag, denn im Sinne einer Forcierung der sanften Mobilität ist es natürlich eine begrüßenswerte Initiative. Denn wenn wir sagen, die Menschen sollen mehr zu Fuß gehen und wenn wir uns auch als Stadt der kurzen Wege bezeichnen, dann müssen wir auch diese Menschen auf diesen kurzen Wegen die entsprechende Sicherheit bieten. Da spreche ich nicht nur für die Sicherheit für alle, sondern dazu zählt auch die Barrierefreiheit. Darum werden wir diesen Antrag natürlich auch unterstützen in der Dringlichkeit und im Inhalt.

Es liegt ja dann auch noch ein Abänderungsantrag vor, ich greife jetzt schon ein wenig vor, von der KPÖ. Die ja den Punkt 3 von deinem Antrag abändern will. Es sind beide Punkte relativ wichtig, vor allem der der KPÖ, wo man einmal eine Aufklärung hinsichtlich der Kriterien bekommt, nach welchen Kriterien wird entschieden, ob ein Schutzweg entfernt wird oder nicht, denn die KollegInnen vom Straßenamt werden sicherlich nicht willkürlich irgendwelche Schutzwege entfernen, sondern sie werden sich auch an die gesetzlichen Regelungen und ihre Vorgaben halten. Da wäre schon einmal interessant zu wissen, nach welchen Kriterien sie hier vorgehen. Jedoch ist es ein Abänderungsantrag und wenn das als Zusatzantrag eingegangen wäre, hätten wir da sicherlich bedenkenlos zustimmen können, aber wir ziehen die Permanentinformation im Ausschuss, wenn etwas entfernt wird, natürlich vor.

Dann wird es noch einen Zusatzantrag von den Grünen geben, da gehe ich auch gleich ganz kurz drauf ein. Hier wird gefordert, dass wir diese Kriterien prüfen, das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt, denn wir sind auch der Meinung, dass gewisse Kriterien, wo

ein Schutzweg hinkommt bzw. entfernt wird, vielleicht nicht mehr zeitadäquat ist bzw. dass auch die Messmethoden, wann wo Frequenzen gemessen werden, dass man das überdenken sollte und vielleicht auch anpassen sollte auf die neue Situation in Graz. Diesem Zusatzantrag werden wir unsere Zustimmung geben, danke.

Riegler:

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eber, der mit einem Weiterbildungsvorschlag kommt, als Abänderungsantrag.

GR. Eber:

Danke, Herr Vorsitzender (*lacht*).

Lieber Herr Stadtrat, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich habe namens der KPÖ einen Abänderungsantrag eingebracht oder bringe ihn hiermit ein. Ich möchte zunächst aber vielleicht noch ein paar Worte zum Antrag von dir, lieber Georg Topf, sagen. Was mich verwundert hat eigentlich, das ist schon im Motivenbericht, wo es heißt, dass die Maßnahmen für Fußgeher und Fußgeherinnen nicht nur nicht nachvollziehbar sind, sondern zu deren Nachteil geschehen. Ich möchte wirklich persönlich, aber ich glaube auch eigentlich im Namen des Straßenamtes, das sehr deutlich zurückweisen, weil ich glaube, das Straßenamt hat es sich nicht verdient, dass man hier sagt, diese Maßnahmen werden zum Nachteil der Fußgeher gemacht. Im Gegenteil, das Straßenamt ist natürlich als Behörde auch sehr bemüht, die Verkehrssicherheit zu gewährleisten und ständig zu heben. Was den Antrag anbelangt, drei Punkte:
Im ersten Punkt geht es im Wesentlichen, so wie ich das sehe, um statistisches Zahlenmaterial, das wird natürlich das Straßenamt auch sehr gerne liefern und es wird sich bis zur März-Sitzung sicherlich ausgehen.

Beim zweiten Punkt, wo ich gleich dazusage, dem werden wir auch zustimmen, ist das Einvernehmen mit den betroffenen Einrichtungen zu suchen bei Verlegungen, Rückbau, Neubau von Schutzwegen usw. vor allem bei Kindergärten und Schulen und Seniorenheimen. Allerdings ist das natürlich oder muss das natürlich auch klar sein, dass das Straßenamt hier als Behörde aktiv ist und Schulen beispielsweise, oder wer auch immer, da keine Rechtspersönlichkeit, kein Einspruchsberechtigter ist, aber natürlich findet diese Kommunikation ja permanent eigentlich statt.

Zum dritten Punkt, wo es darum geht, den Ausschuss, den Verkehrsausschuss, im Vorfeld des Rückbaues oder der Verlegung eines Schutzweges zu informieren, da möchte ich schon darauf hinweisen, dass es auch jetzt so ist, dass sämtliche dieser Maßnahmen und darüber hinausgehende Maßnahmen sowohl sämtlichen Bezirksvorstehern und –vorsteherinnen als auch sämtlichen Gemeinderatsklubs zur Verfügung gestellt werden in Form der Niederschriften der Ortsbegehungen, wenn es hier zu straßenrechtlichen Maßnahmen kommen sollte.

Von da her ist diese permanente Information, wie es der Ewald Muhr ja auch genannt hat, bereits gegeben. Ich darf noch ganz kurz den

Abänderungsantrag

verlesen. Ich beeile mich.

Der Antragstext wird in Punkt 3 wie folgt abgeändert:

3. Einige Anfragen und Anträge betreffend die Arbeit der Straßenverkehrsbehörde lassen es als notwendig erscheinen, die GemeinderätInnen, insbesondere die Mitglieder des Verkehrsausschusses, im Rahmen einer eigenen Informationsveranstaltung über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien, die das Straßenamt bzw. die Behörde zu befolgen haben, zu informieren. Dazu sollen auch die BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen eingeladen werden. Dankeschön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der Antragstext wird in Punkt 3 wie folgt abgeändert:

3. *Einige Anfragen und Anträge betreffend die Arbeit der Straßenverkehrsbehörde lassen es als dringend notwendig erscheinen, die GemeinderätInnen, insbesondere die Mitglieder des Verkehrsausschusses, im Rahmen einer eigenen Informationsveranstaltung über die geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien, die das Straßenamt bzw. die Behörde zu befolgen haben, zu informieren. Dazu sollen auch die BezirksvorsteherInnen und deren StellvertreterInnen eingeladen werden.*

Riegler:

Danke, Herr Klubobmann Eber. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Gemeinderätin Wutte.

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, lieber Georg. Danke für den Antrag, den wir auf jeden Fall unterstützen werden. Ich möchte auch noch einmal kurz auf den, wahrscheinlichen, Anlassfall für den Antrag eingehen, weil eben gestern in der Zeitung diese Geschichte war von dem Schutzweg in Andritz oben, der aufgelassen wurde. Die meisten haben vielleicht den Artikel eh gelesen, nur falls nicht alle den Hintergrund kennen, weil ich fand diese Geschichte wirklich ein wenig absurd. Die Situation war ja die, dass Eltern und Lehrer sich dafür eingesetzt haben, dass eben bei dem Zebrastreifen auch eine Druckknopfampel kommt, damit die Kinder eben sicher die Straßen queren können und das ist dann geprüft worden und rausgekommen ist, dass der Schutzweg als Ganzes entfernt wurde. Es gibt jetzt einfach keine Querungsmöglichkeit mehr und die Begründung dafür war, dass die

Anhaltebereitschaft der Autofahrer zu gering ist und dass die nötige Fußgängerfrequenz nicht gegeben ist. Dazu denke ich mir halt, ok, auch wenn da jetzt nur 10 Kinder in der Früh drübergehen in Richtung Schule, müssen diese 10 Kinder ja wohl einen sicheren Schulweg haben können und gerade in der Nähe von Schulen kann das doch kein Argument sein. Wir haben im Gemeinderat ganz oft Diskussionen darüber, dass man das eigentlich verringern will, dass die Eltern die Kinder mit dem Auto in die Schule führen und ich meine, bitte mit solchen Maßnahmen erreichen wir wohl das Gegenteil. Weil, wenn die Kinder keinen sicheren Schulweg vorfinden, trauen sich die letzten Eltern nicht mehr, ihre Kinder allein zur Schule gehen zu lassen und das ist einfach, so finde ich, total kontraproduktiv.

Was ich auch noch sagen möchte, vielleicht haben das eh einige von euch gesehen, zufällig ist ja gestern auch die Österreichstatistik veröffentlicht worden zu den Fußgängerunfällen und da sieht man halt auch, dass das im letzten Jahr sehr massiv angestiegen ist. Die tödlichen Fußgängerunfälle, und insbesondere betroffen sind Kinder und ältere Menschen. Das heißt, das sind einfach besonders gefährdete Gruppen im Straßenverkehr und da muss sich der Zugang dazu ganz stark ändern. Deswegen werden wir den Antrag der ÖVP ganz stark unterstützen, bringen aber den Zusatzantrag ein, der eben aus meiner Sicht sehr wichtig ist, weil es ist ja ok, dass nach Kriterien entschieden wird. Nur wenn eben nach Kriterien entschieden wird und es kommt dann so etwas dabei raus, muss man vielleicht die Kriterien prüfen und sich fragen, ob man das in Zukunft vielleicht anders gewichten muss, dass eben die Sicherheit von Fußgängern, insbesondere von Kindern, im Vordergrund steht. Deswegen bringe ich den folgenden

Zusatzantrag

ein:

Verkehrsratsrätin Elke Kahr wird ersucht, die derzeit angewandten Kriterien, die oftmals zur Auflassung von Schutzwegen führen, zu prüfen und für eine Adaptierung

dahingehend zu sorgen, dass bei der Errichtung neuer als auch bei der Optimierung bestehender Schutzwege die Erhöhung der FußgängerInnen-Sicherheit insbesondere im Umfeld von Kindergärten, Schulen und SeniorInnenheimen als das zentrale und wichtigste Kriterium gelten möge.

Originaltext des Zusatzantrages:

Verkehrsratsrätin Elke Kahr wird ersucht, die derzeit angewandten Kriterien, die oftmals zur Auflassung von Schutzwegen führen, zu prüfen und für eine Adaptierung dahingehend zu sorgen, dass bei der Errichtung neuer als auch bei der Optimierung bestehender Schutzwege die Erhöhung der FußgängerInnen-Sicherheit insbesondere im Umfeld von Kindergärten, Schulen und SeniorInnenheimen als das zentrale und wichtigste Kriterium gelten möge.

Riegler:

Gibt es weitere Wortmeldungen?

Es zeichnet sich ab, dass die Dringlichkeit gegeben ist. Ist trotzdem ein Schlusswort des Berichterstatters schon gewünscht?

Topf:

Ja, vielleicht ein paar Anmerkungen zum dem, was du, Frau Kollegin Wutte, gesagt hast. Es gibt natürlich Kriterien, es gibt Festlegungen, die sehr stark frequenzbezogen sind. Ab welcher sozusagen Frequenz, das ist im Tagesschnitt gesehen ein Fußgängerübergang ohne Ampelregelung, da gibt es genaue Kriterien, das kann ich auch herzeigen, das ist ein relativ dickes Elaborat. Es gibt eben die Möglichkeit der Ausnahmen. Das ist ja bewusst hier auch niedergeschrieben, dass es auch bei geringeren Frequenzen aufgrund der Sensibilität des Überganges, in dem Fall Kinder, aber auch natürlich Senioren usw. hier Ausnahmeregelungen geben könnte. Wir

können dann im Verkehrsausschuss durchaus über die Richtlinien der anderen Bundesländer z.B. sprechen, wo eben ganz insbesondere diese Kriterien als Ausnahmeregelungen auch herangezogen werden. Ich möchte das nur noch einmal zur Verdeutlichung sagen, dass diese Standardkriterien, 25 Personen z.B. pro Stunde, natürlich da und dort unterschritten werden, eben insbesondere am Unterrichtsbeginn und Unterrichtsende, wo natürlich in der Zwischenzeit möglicherweise die Frequenz geringer wird. Das muss man betrachten und das ist sicherlich eine gute Anregung auch von dir, auch über diese Kriterien, die korrekterweise, das muss man schon sagen, vom Straßenamt natürlich als Behörde als Grundlage dienen, dass man an diese Kriterien noch einmal herantritt und die allenfalls überarbeitet.

Riegler:

Dankeschön, wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Dringlichkeit dieses Anliegens ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Riegler:

Wünscht jemand noch in der Sache selbst das Wort? Da sehe ich schon die Frau Kollegin StRⁱⁿ Kahr.

StRⁱⁿ Kahr:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn man so eine Meldung in einer Zeitung oder so eine Wegnahme eines Zebrastreifens, ich sage jetzt bewusst Zebrastreifen, weil ja auch die Polizeibehörden und Kuratorien ja immer mehr auch plädieren, mehr

Behutsamkeit auch in der Politik mit dem Umgang von Worten zu sorgen, wenn man von Schutzwegen spricht, weil, und da gibt es viel Literatur und auch Aussagen in den letzten Jahren, dass ein Großteil der sogenannten Schutzwege keine Schutzwege für Fußgängerinnen und Fußgänger sind. Das fängt beim Kind an, geht über Erwachsene bis hin zu älteren Menschen. Viele dieser Schutzwege, oder wie ich sagen würde, es sind Schein-Schutzwege, und es ist erfreulicherweise vom Kollegen Topf jetzt zuletzt gesagt worden, dass es einen Kriterienkatalog gibt. Ich bin sofort dafür, wenn man sozusagen, was die Frequenz betrifft, einer Straße, dass man da von den 25 z.B. abgeht in besonderen Situationen. Aber Tatsache ist, dass die Behörde, und wir wissen auch, das Straßenamt agiert nicht im luftleeren Raum, sondern sie vollzieht ja auch das nach, was die Landesbehörde, insofern müsste man ja das Bürgermeisteramt auch noch miteinbeziehen, wenn wir Überlegungen über Veränderungen, die gesetzlicher oder behördlicher Natur sind, überdenkt, muss man einfach sehen, dass das Amt genau das vollzieht, was sein Auftrag ist. Nämlich sich um die Sicherheit von Kindern, Erwachsenen und älteren Menschen auch zu kümmern, und das macht diese Behörde und darauf können Sie stolz sein und das, darf ich jetzt in den letzten 2 1/5 Jahren auch als Verkehrsstadträtin nur untermauern, in einer ausgezeichneten Weise. DI. Barbara Ender, sie war heute auch hier, sie ist leider nicht mehr da, ist eben zum Unterschied vielleicht von anderen Gemeinden oder irgendwo einfach, wie soll ich sagen, geht diesem Auftrag korrekt nach. Weil was muss das Amt machen? Alle fünf Jahre ist es verpflichtet, alle Schutzwege zu überprüfen genau ob dieser Kriterien. Sind sie sicher, wie sind die Sichtbeziehungen, wie ist die Ausleuchtung, wie ist die Bodenmarkierung, bietet dieser Schutzweg allen, die da drübergehen wollen, auch wirklich Sicherheit? In diesem konkreten Fall, von dem wir sprechen, dass wir allgemein Informationen geben usw., dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden, ganz im Gegenteil, ist es so gewesen, dass aufgrund von Beschwerden aus diesem Stadtteil dort an das Straßenamt die Kritik gekommen ist, dass die Anhaltebereitschaft der Autofahrer dort endenwollend ist und dringend der Wunsch ist nach Setzen von Maßnahmen. Eben z.B., wie die Kollegin Wutte gesagt hat, einer Ampel. Jetzt kann man diskutieren und sagen, ob man dort eine Ampel macht, ist weit davon entfernt von den Kriterien, deshalb hat es nach

mehreren Monaten dort auch Frequenzzählungen gegeben und ich sage ja nicht: Das ist super. Wenn da drei drüber gehen, dann gehen drei drüber, das ist schon klar, aber man muss die Kirche im Dorf lassen. Die Querungen dort, nämlich vor allem von Kindern, das ist an manchen Tagen gar nicht gegeben gewesen. Warum auch immer, das weiß ich nicht, die nächstgelegene Schule ist übrigens 650 m entfernt.

Wenn Sie das Protokoll sehen wollen, Sie können das gerne auch einsehen, es waren Werkstage selbstverständlich, mehrere Monate, es war in den Frühspitzen, genau wo Kinder in die Schule gehen und auch in den Nachmittagszeiten. Glauben Sie, die Kollegen wissen nicht, was sie tun? Aber das Wichtigere ist, dass auf jeden Fall die Wegnahme dieses Zebrastreifens leider durch den Passanten, der da drübergegangen ist und angefahren wurde, wie eine traurige Bestätigung dessen, dass so, wie er jetzt ist dieser Schutzweg dort, auf keinen Fall die Sicherheit für Kinder und Erwachsene bietet. Deswegen war das korrekt diese Wegnahme dieses Schutzweges. Weil wenn Sie sich das vor Ort alle einmal ansehen, dann wissen Sie, wovon hier gesprochen wird.

Was ich sagen möchte, ist, den dritten Punkt, weil wir stimmen diesem Antrag ja zu und zwar gerade deshalb, weil es mir wichtig ist, dass all jene, die das Thema wirklich interessiert und auch der Verkehrsausschuss, und da bin ich auch sehr dafür, dass auch Außenstehende, die Schulen, die Bürgerinitiativen, dass man sich das auch einmal anhört, was da die Sorgen und eigentlich die Empfehlungen von den Fachleuten sind. Nämlich viel mehr bauliche Maßnahmen zu setzen als Schein-Schutzwege. Das, was mein Kollege gesagt hat, darauf möchte ich jetzt wirklich hinweisen zu dem Punkt 3.

Diesen Punkt haben wir deshalb abgeändert, weil diese Information jeder Gemeinderatsklub, und da bitte ich Sie wirklich, nehmen Sie sich wirklich die Zeit, diese Gedächtnisniederschriften, die der Bezirk vom Straßenamt seit Jahrzehnten erhält, zu lesen. Es ist viel Arbeit, weil das ist nicht wenig und man sollte sich das immer gut und genau ansehen, weil dann hätten Sie genau das gelesen, dass die Polizei, das Kuratorium, das Land Steiermark und auch die Stadt Graz diese Empfehlung abgibt. Das ist jetzt nicht vom Himmel gefallen. Ansonsten würde ich doch bitten, ich weiß nicht, ob sich das machen lässt, diesem Zusatzantrag oder ...

*Zwischenruf StR. **Riegler**: Bitte zum Schluss kommen!*

Kahr:

... Abänderungsantrag von meinem Kollegen zuzustimmen. Warum? Weil er genau das, was Sie sich wünschen, diese Diskussion darüber und auch die Information gegeben werden kann. Wenn der abgelehnt wird, möchte ich Ihnen schon jetzt ankündigen, werden wir es trotzdem machen und ich würde Sie jetzt ersuchen schon, daran teilzunehmen.

Riegler:

Danke, als Nächste Frau GRⁱⁿ Ussner.

GRⁱⁿ **Ussner:**

Es mag schon Kriterien für Schutzwege geben oder Schein-Schutzwege, wie auch immer man das nennen mag, aber wir haben jetzt heute gehört, dass es auch Möglichkeiten zu Ausnahmen gibt. Ich muss jetzt schon ehrlich sagen, da gibt es nichts zu beschönigen. Man kann auch, zum Kollegen Eber, sagen, das Straßenamt würde nie fußgängerfeindliche Maßnahmen umsetzen. Einen Schutzweg wegzunehmen, mir kann keiner erzählen, dass das eine fußgängerfreundliche Maßnahme ist und das, was da jetzt herausgekommen ist, ist die autofreundlichste und Kfz-Verkehr-freundlichste Lösung, die es gibt. Denn es gibt auch andere Möglichkeiten. Man kann eine Ampel machen und wenn die Anhaltebereitschaft der Autofahrer endenwollend ist, dann führe ich dort Kontrollen durch. Das kann wirklich nicht sein und man muss sagen, du hast die politische Verantwortung dafür, was hier jetzt passiert ist und man kann sich nicht ewig hinter den Beamten verstecken.

Zum Abänderungsantrag, dem werden wir nicht zustimmen, weil das kannst du in deiner Verantwortung als Verkehrsstadträtin auch einfach als Punkt in den Verkehrsausschuss aufnehmen und ich würde dich bitten, das auch zu machen.

GR. Mag. **Egger:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne. Dass ich den Tag noch erlebe, wo ich der Kollegin Ussner vollinhaltlich Recht gebe (*Lachen aus den Reihen des Gemeinderates*), habe ich so schnell nicht erwartet, aber man merkt auch, dass das gute Verständnis mittlerweile im Grazer Rathaus angekommen ist (*Appl.*). Wir werden zwar noch einen anderen Antrag auch noch diskutieren, wo man doch durchaus Differenzen sieht, damit man nicht zu schnell das angeht, aber ich möchte dort wirklich anschließen, was die Kollegin Ussner gesagt hat. Dass sich die Stadträtin Kahr jedes Mal, wenn es brenzlig wird, versucht, über die Beamten aus ihrer politischen Verantwortung zu stehlen, ist jetzt wirklich schon relativ mühsam. Wenn es lustig ist, in der Sonne zu stehen, unten ein paar Unterschriften zu übernehmen und zu sagen, ja, das werde ich übernehmen und dem stimme ich vollinhaltlich zu, sind wir erste Reihe fußfrei dabei. Wenn es darum geht, unpopuläre Maßnahmen zu argumentieren, das haben Sie ja heute durchaus gemacht, das hat mich durchaus überrascht, aber trotzdem dann zu sagen, nein, das trage ich nicht mit und es gibt wahrscheinlich schon Möglichkeiten, auch einem Straßenamt zu sagen, bitte, überlegt euch noch einmal, ob das die letztgültige Maßnahme ist. Ich hoffe, Sie haben das vorher gesehen, bevor das umgesetzt wurde. Sonst würde ich mir überlegen, ob der Ablauf im Büro gut passt, aber es kann nicht sein, dass man sich jedes Mal aus der Verantwortung stiehlt, wenn es darum geht, vielleicht etwas nicht so ganz Lässiges zu tun. Einen Schutzweg wegzunehmen, als fußgängerfreundliche Maßnahme zu verkaufen, da habe ich heute richtig etwas gelernt. Ich werde dich dann noch einmal daran erinnern, wenn es um andere Themen

geht, da werde ich versuchen, das ähnlich zu argumentieren und hoffe dann auch auf dein Verständnis.

Zum Zusatzantrag, da bin ich auch bei der Kollegin, die vorher gesprochen hat. Wir haben eh fast nie Tagesordnungspunkte im Verkehrsausschuss, ganz selten, dass mehr als drei am Programm sind, dann hätten Sie auch dort die Möglichkeit, diese Information dort einzubringen und uns zu erzählen, wie Sie gedenken, im gegenständlichen Fall auch weiter vorzugehen. Wir freuen uns darauf.

Vorsitzwechsel – StR. Hohensinner übernimmt den Vorsitz (14.45 Uhr).

GR. Dr. **Meister:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtratsmitglieder. Ich wollte mich heute eigentlich nicht zu Wort melden, ich möchte das auch ganz sachlich halten. Ich wohne dort. Wir haben ein Problem mit der St.-Gotthard-Straße und der St.-Veiter-Straße. Ich kenne diesen Schutzweg, ich bin dort regelmäßig zu Fuß unterwegs gewesen und fahre fast immer mit dem Rad dort. Es ist ein Problem, aber diesen Schutzweg habe ich z.B. nie benutzt, weil er mir zu gefährlich erschienen ist. Er war in einer Kurve. Wenn man drübergeht, geht man ohne Schutzweg rüber und es sind dort relativ wenig Leute. Mir kommt das Ganze ein wenig aufgeblasen vor, was wir jetzt hier diskutieren, das ist ein Schutzweg, den ich nicht als besonders gescheit empfunden habe und auch nicht benutzt habe und das andere ist das, das große Problem in der St.-Veiter und der St.-Gotthard-Straße ist, dass die Straße aufgewertet wurde und für den Schwerlastverkehr aufgemacht wurde vor einigen Jahren und das haben nicht wir zu verantworten. Das ärgert die Bevölkerung dort sehr und führt auch in der Früh, wenn man mit dem Auto fährt, immer zu ziemlichen Staus. Dankeschön.

Hohensinner:

Danke, Herr Gemeinderat, wer wünscht außerdem noch das Wort? Ok, kein Diskussionsbedarf mehr. Das heißt, wir beginnen mit der Abstimmung. Es wird kein Schlusswort gewollt.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) abgelehnt.

Hohensinner:

Wir kommen zum Antrag. Wer ist für eine getrennte Abstimmung?

Die Mehrheit des Gemeinderates ist gegen die getrennte Abstimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

9.2 Attraktivierung der Dornschneiderwiese (GR Alic, KPÖ)

Alic:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzter Rudimentär-Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat und liebe Zuhörerschaft. Es geht hier um die Dornschneiderwiese. Das ist eine etwa 7000 m² großes Wiesenstück, auch Sport- und Spielplatz südlich der Triester Siedlung, dort zwischen der Siedlung und dem Verbandsplatz dort. Die Station der Linie 5, Dornschneidergasse, ist dort in der Nähe. Es sind dort zwei Fußballtore, ein paar Spielgeräte, ein paar Bankerln und der Platz insgesamt ist nicht sehr attraktiv. Die Spielgeräte sind in die Jahre gekommen so wie

ich, nur im Unterschied zu mir kann man mit den Spielgeräten noch etwas machen. Man kann sie austauschen oder erneuern. Die Fußballtore sind zum Bespielen, wie soll ich sagen, etwas bedenklich, die schauen eigentlich aus, als wäre das ein Eck, das man aus dem Häfn herausgerissen hat. Das ist einfach nur Metall. Wenn du dort den Ball flach, fest hineinspielst, kommt er dir in Gesichtshöhe entgegen, das ist nicht sehr freundlich. Wir haben dort mit der Wiese, obwohl sie nicht schmuck ist, doch Glück, dass es sie überhaupt gibt und mein Antrag zielt jetzt in diese Richtung ab, dass man Ganze attraktiver und für die Jugendlichen vor Ort angenehmer macht, um es zu benutzen. Was kann uns als Mandatar oder als Gemeinderat Besseres passieren, als das man die Möglichkeit in Form von dieser Wiese haben, als dass man engagierte Bürger dort hat, die ihre Wünsche wohl formulieren und einbringen. Eigentlich bleibt uns nur über, dort etwas zu machen und dahin geht jetzt mein Antrag, dass man etwas macht. Es hat schon Runde Tische gegeben, es sind die Wünsche an den Herrn Sportamtsleiter, der mittlerweile in Pension gegangen ist, weitergeleitet worden, ich hoffe, das jetzt nicht auch die Anliegen mitpensioniert wurden. Was geschehen ist inzwischen, das war der runde Tisch und dass Gras angesät wurde. Mir würde eine Welt gefallen, wo wir alle Probleme mit ein paar Grassamen bekämpfen könnten, die gibt es aber nicht. Deswegen stelle ich jetzt im Namen meiner Fraktion den

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen, insbesondere Sportstadtrat Kurt Hohensinner sowie die Abteilung für Grünraum und Gewässer, mögen prüfen, ob das nahende Sportjahr 2021 zum Anlass genommen werden kann, um die Dornschniederwiese gemäß den Ausführungen im Motivenbericht mit zeitgemäßen Spiel- und Sportgeräten auszustatten und damit endlich für die Bevölkerung, insbesondere die Jugendlichen vor Ort, entsprechend zu attraktivieren. Ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das städtische Grundstück 1789/58, KG Gries, die sog. Dornschneiderwiese im Ausmaß von 6744 m², ist ein öffentlicher Sport- und Spielplatz und liegt im Wohn-Einzugsgebiet zwischen Tändelwiese, Triester Siedlung und Herrgottwiesgasse/Zentralfriedhof.

Auf dem Gelände befinden sich ein Fußballplatz und ein allgemeiner öffentlicher Spielplatz. Die Ausstattung des Areals besteht aus zwei Eisentoren und zwei in die Jahre gekommenen Spielgeräten für Kinder, die so gut wie nicht genutzt werden und lässt damit sehr zu wünschen übrig. Seit mehr als zehn Jahren warten die Jugendlichen vor Ort darauf, dass die Dornschneiderwiese zu einem Sport- und Spielplatz gemacht wird, der diesen Namen auch verdient. Sie wünschen sich Fußballtore mit Netz, einen Basketballkorb, Outdoor-Fitnessgeräte sowie Sitzgelegenheiten mit Überdachung.

Der niederschwellige Zugang zu sportlichen Aktivitäten außer Haus ist bei der Dornschneiderwiese ein besonderes Plus. Die Freude an der gemeinsamen Bewegung sollte allerdings nicht durch ein tristes Erscheinungsbild dieses Areals getrübt werden. Die noch vom ehemaligen Sportamtsleiter Gerhard Peinhaupt versprochene Adaptierung konnte aus unbekanntem Gründen vor seiner Pensionierung leider nicht mehr realisiert werden.

Ich denke aber, das nahende Sportjahr 2021 könnte zum Anlass genommen werden, um die Dornschneiderwiese endlich der lang ersehnten Generalüberholung zu unterziehen und das Gebiet entsprechend aufzuwerten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die zuständigen Stellen, insbesondere Sportstadtrat Kurt Hohensinner sowie die Abteilung für Grünraum und Gewässer, mögen prüfen, ob das nahende Sportjahr 2021 zum Anlass genommen werden kann, um die Dornschneiderwiese gemäß den Ausführungen im Motivenbericht mit zeitgemäßen Spiel- und Sportgeräten auszustatten und damit endlich für die Bevölkerung, insbesondere die Jugendlichen vor Ort, entsprechend zu attraktivieren.

GR. Dr. **Hofer:**

Geschätzter Stadtsenat, werte Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseher. Grundsätzlich sind Sportplätze ein großes Anliegen für mich, im Besonderen, nachdem es da auch um die Street-Workout-Plätze geht und auch das Anliegen an den Gerhard Peinhaupt, das wurde auch schon geprüft, es hat sich nur allerdings erwiesen, dass diese Calisthenics-Street-Workout-Plätze im Grunde am besten aufgehoben sind, wo Laufstrecken sind. Wir haben mittlerweile jetzt fünf Stück davon, an der Mur am meisten, im Augarten, am Schwimmschulkai, dort ist einfach die Frequenz viel höher und dort sind sie sehr gut aufgehoben. Dass man die wirklich auf einen Sportplatz legt, das ist jetzt nicht unbedingt die Vorgehensweise, die bei der Prüfung herausgekommen ist. Noch dazu muss man jetzt auch sagen, ich meine, das wäre natürlich auch eine Versiegelung dieser Wiese, weil diese Calisthenics-Parks auch eigene Bodenbeschaffenheiten haben, da müssen diese eigenen Kunststoffplatten auch eingebracht werden. Grundsätzlich habe ich mich dann gleich einmal erkundigt beim Grünraum und die haben mir gesagt, dass es dort eigentlich eine Begehung diesbezüglich gegeben hat mit der dortigen, damaligen Bezirksvertretung und die Frau Schloffer war da als Person mit dabei und da sind auch einige Sachen schon besprochen worden. Es ist dort die Sandkiste, die dort nicht adäquat war, weggekommen, es ist auch beschlossen worden, dass dort ein Trinkbrunnen kommen sollte, der sollte angeblich im heurigen Jahr dort aufgestellt werden. Es ist diese Wiese generalsaniert worden und was mir vorhin mitgeteilt wurde, ist, dass dieser Platz dort ja grundsätzlich extra als Fußballplatz gedacht ist, weil

es ja in der Umgebung einige andere Plätze auch gibt, an der Tändelwiese, und das eigentlich, meiner Meinung nach, ein sehr gutes Konzept ist, das in dem Park dort eher für die älteren Personen, die Tändelwiese der Kinderspielplatz, dann gibt es den Johannespark noch dazu und deswegen war klar dort die Idee, diese Wiese zu belassen. Ich glaube, dass gegen kleine Adaptierungen, wenn die Tore dort nicht mehr passen, da bin ich mir sicher, dass der Sportstadtrat auch sicher nichts dagegen hat, aber ansonsten ist es Punkt a schon besprochen und im Zweiten jetzt gar keine schlechte Lösung und deswegen glauben wir, dass das jetzt nicht unbedingt dringlich ist.

GR. Dreisiebner:

Lieber Kollege Horst Alic. Ich stehe darauf, wie du deine Dinge formulierst. Die Zuspitzung ist ja manchmal ein wenig zu viel, aber nicht ganz falsch. Dass der Kollege Hofer jetzt sagt, dass das nicht dringlich ist, das enttäuscht mich etwas. Es mag sein, dass das alles in der Pipeline ist, dass das bald einmal kommt, aber es gibt da mehrere Situationen und Orte, Spielplätze, Grünraum, Sportanlagen, wo halt das eine oder andere zu verbessern ist. Wir haben schon ein wenig die Beobachtung, dass man im Moment halt gerade sehr viel Wert auf die Stadtentwicklungs- und Stadterweiterungsgebiete, Stichwort Reininghaus etc. legt und manches andere unter Umständen ein wenig liegenbleibt. Dafür kann man sogar Verständnis aufbringen, aber es wäre zumindest sehr fein, und folglich kann ich einer Dringlichkeit und auch inhaltlich zustimmen, damit man zumindest ein Datum bekommt, wann solche Dinge in Angriff genommen werden sollen. Das wäre ganz nett und kann man ja auch im Ausschuss vorab berichten, ähnlich wie im Verkehrsausschuss, wo in Zukunft ja ein paar Berichte kommen werden. Dankeschön.

Hohensinner:

Danke, ich darf ganz kurz da etwas ergänzend etwas sagen. Das lasse ich so nicht stehen, dass hier auf gewisse Gebiete jetzt Hauptaugenmerk ist und dass wir alles, was den Sport betrifft, da irgendwie in den Bezirken zurückschrauben. Wir haben uns vorgenommen, wie du weißt, Herr Klubobmann, dass wir jedes Jahr so einen Street-Workout-Park errichten und ich hoffe, du bist auch meiner Meinung, dass man das wirklich aus der sportlichen Sicht prüft, wie man am meisten Menschen abholen kann und wenn man diese Street-Workout-Parks am Radwegenetz anschließt, dann ist das, so glaube ich, auch im Sinne der Grünen eine gute Variante. Anders wäre, dass wir diese grüne Wiese versiegeln und ich kann mir nicht vorstellen, dass das im Interesse der Grünen Fraktion ist und ich habe dem Herrn Alic auch im Vorgespräch zugesagt, wenn wir kleine Verbesserungen auf dieser Wiese vornehmen sollen, können, die jetzt nicht eine Versiegelung nach sich ziehen, dann werden wir das über das Sportamt gerne machen. Bitte, ich lasse das so nicht stehen, dass aus sportlicher Sicht Bezirke jetzt hintangestellt werden, das ist nicht der Fall und wir gehen jetzt wirklich sehr sportlich mit ganz vielen tollen Projekten in Richtung 2021.

GR. Ehmann:

Herr Vorsitzender, geschätzte KollegInnen der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meine Damen und Herren ZuhörerInnen auf der Galerie, lieber Antragsteller. Auch wir werden uns deinem Antrag anschließen, sowohl Dringlichkeit als auch im Inhalt. Wir haben jetzt schon viel gehört, natürlich will ich dem Kurt sein Bemühen, als Sportstadtrat infrastrukturell etwas weiterzubringen, nicht absprechen, da gibt es viele gute Ansätze und viele gute Ideen, die wir auch unterstützen, aber natürlich auch das Sportjahr ausrufen. 2021 eine Generalüberholung für einen Park bzw. einen Spielplatz, der momentan eben nicht so vorzufinden ist, wie er vorzufinden sein soll, dass das hier adaptiert gehört und dringlichst ist, das würde wir auch so sehen. In dem Fall zur Dringlichkeit als auch zum Inhalt die Zustimmung von uns, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm. Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (14.57 Uhr).

GR. Alic:

Vielen Dank für die Zustimmung, danke, Karl, jetzt schaut gar nicht so aus wie ein Sportler und hast dich doch sehr positiv geäußert (*Lachen und Raunen aus den Reihen des Gemeinderates*). Entschuldige, das hat sein müssen (*lacht*).

Philip, danke auch für deine Worte. Dringlich finde ich es insofern, als ich nicht möchte, dass das alles bei Ankündigungen bleibt und mein nächsten Antrag dann ist, dass ich für die Jugendlichen von heute den Platz seniorengerecht gestalten muss, das ist auch nichts. Es freut mich zu hören, dass eh etwas getan wird, weil ein Trinkbrunnen, zB. das wäre auch ein erstes Anliegen gewesen, neue Fußballtore, vielleicht ein Basketballkorb, eine überdachte Sitzgelegenheit vom Street-Workout habe ich gar nicht richtig geredet. Gemeint habe ich ja mehr so den niederschweligen Zugang und der ist dort. Wir müssen auch die Leute nicht irgendwo abholen, weil die wohnen ja dort die Jugendlichen, so gesehen vielen Dank für die Zustimmung.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne) abgelehnt.

**9.3 Vertrauensverlust durch erweiterte Anzeigepflicht nach dem neuen
Gewaltschutzpaket
(GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ)**

Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits vor dem Bericht vom 8. 1. in der Woche haben sich verschiedene Einrichtungen mit dem Anliegen nach dieser Initiative an uns gewandt, die wir hier sehr gerne einbringen.

Frau Mag.^a Barbara Scherer, Juristin im Frauenservice Graz, beschreibt im Artikel deutlich die aufgetretene Problematik zwischen den Vorgaben der erweiterten Anzeigepflicht im neuen Gewaltschutzpaket vom Mai 2019 und der Verschwiegenheit, auf die sich Klienten und Klientinnen, Patienten und Patientinnen verlassen wollen, wenn sie sich in psychotherapeutische bzw. klinisch-psychologische Behandlung begeben.

Laut dem aktuellen Positionspapier einer langen Reihe von Gesundheitsberufsgruppen und Einrichtungen, diese Liste liegt bei, die trage ich nicht vor, gelten natürlich entsprechend dem neuen Gewaltschutzpaket auch neue Berufsgesetze. Hier wegen der knappen Zeit möglichst kurz die Hauptkritikpunkte:

1. Wegen der Informationspflicht über die vorgegebenen rechtlichen Rahmenbedingungen am Beginn jeder Art Behandlung, also auch über die Anzeigepflicht, sind bereits, wie ich weiß, KlientInnen daran gehindert, sensible Themen anzusprechen.
2. Bei Gefährdung von Minderjährigen gilt die Mitteilungspflicht nach §37 Kinder-Jugendhilfegesetz an den Kinder und Jugendhilfeträger, dessen gesetzlicher Auftrag die Gefährdungsabklärung ist - mit Mitteln, die beispielsweise den PsychotherapeutInnen nicht zur Verfügung stehen. Eine Anzeige braucht gute Koordination und eine sensible Vorgehensweise, damit Kinder und Jugendliche auch aussagen (können).
3. Mit dem neuen Gesetz werden PsychotherapeutInnen bezüglich der Abwägung des Vertrauensverhältnisses insbesondere zivilrechtlich in eine unhaltbare Situation gebracht.
4. Diese Punkte gelten natürlich auch für andere im Kontext arbeitende Berufsgruppen, wenn die Vertrauensbeziehung die Grundlage ihrer Arbeit bildet.

Wichtig ist uns, deutlich festzuhalten, dass sowohl wir, die Einbringer der Initiative, als auch die betroffenen MitarbeiterInnen der Berufsgruppen und Organisationen der

beigefügten Liste meinen explizit, dass nicht das umfangreiche Gesamtpaket in Frage zu stellen ist, denn es geht sicherlich allen an der Sache Beteiligten um den Opferschutz und auch um die verpflichtende TäterInnenarbeit.

Sehr bedauernswerterweise aber fanden fast alle Einwände seitens der ExpertInnen österreichweit im Sinne effektiven Opferschutzes in rein rechtlicher und fachlicher Hinsicht keine Beachtung bei der Beschlussfassung zum aktuellen Gesetz. Das Um und Auf bei besagten Einwänden ist das freie Gespräch, welches bei den eigenen Scham- und Schuldgefühlen nach Übergriffen aller Ausprägungen nur unter der sogenannten Verschwiegenheitsregelung zustande kommen kann. Bei an Körper und Seele verletzten Menschen ist so manchen klar, dass sie sich durch Anzeige an die Polizei wenden können, viele wenden sich um Hilfe im Gespräch aber, und das aus schwerwiegenden Gründen, an Mediziner oder Psychotherapeuten usw.

Ganz wichtig ist mir Folgendes noch mit Nachdruck sagen zu dürfen:

Wenn nun der professionelle Mensch des Vertrauens der Anzeigepflicht unterliegen, dann kann diese durchaus ohne Zustimmung der Opfer passieren, und die Folgen durch auf freiem Fuße angezeigte Täter, wir lesen davon immer wieder dann in den Zeitungen, sind für die bereits schwer Betroffenen meist nicht absehbar.

Letztlich sei auch noch darauf hingewiesen, dass es durch den anfallenden Mehraufwand zu Doppelgleisigkeiten und somit zu Mehrkosten kommen wird.

Verschiedene anzeigepflichtige Gesundheitsprofis sind etwa mit ein- und demselben Fall befasst.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Grazer Gemeinderat tritt mittels Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran, damit dieser eine der ursprünglichen Intention zur Verbesserung des Opferschutzes

entsprechende Regelung unter Einbindung von ExpertInnen neu ausarbeitet und bis dahin die vor dem Gewaltschutzgesetz 2019 gültigen Bestimmungen wiedereinführt.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Mag.^a Barbara Scherer, Juristin im Frauenservice Graz, beschreibt sehr deutlich die aufgetretene Problematik zwischen den Vorgaben der erweiterten Anzeigepflicht im neuen Gewaltschutzpaket vom Mai 2019 und der Verschwiegenheit, auf die sich Klienten und Klientinnen, Patienten und Patientinnen verlassen wollen, wenn sie sich in psychotherapeutische bzw. klinisch-psychologische Behandlung begeben.

Laut dem aktuellen Positionspapier einer langen Reihe von Organisationen und Gesundheitsberufsgruppen, für welche nach dem neuen Gewaltschutzpaket auch entsprechend neue Berufsgesetze in Kraft getreten sind, gibt es folgende Hauptkritikpunkte:

- 1. Die Verschwiegenheit ist eine Grundvoraussetzung für die psychotherapeutische und klinisch-psychologische Tätigkeit. Es ist unverständlich, warum nun eine Anzeigeverpflichtung für PsychotherapeutInnen und PsychologInnen eingeführt wurde. PsychotherapeutInnen und PsychologInnen haben am Anfang einer Behandlung Informationspflicht über ihre rechtlichen Rahmenbedingungen - und damit auch über die Anzeigepflicht. Dies wird viele Klientinnen daran hindern, sensible Themenbereiche anzusprechen.*
- 2. Wenn eine Gefährdung einer/eines Minderjährigen vorliegt, gilt die Mitteilungspflicht nach §37 B-KJHG an den Kinder-Jugendhilfeträger, dessen gesetzlicher Auftrag die Gefährdungsabklärung ist - mit Mitteln, die PsychotherapeutInnen/ PsychologInnen nicht zur Verfügung stehen. Eine Anzeige braucht gute Koordination und eine sensible Vorgehensweise und Begleitung, damit Kinder/Jugendliche auch aussagen (können).*

3. *Mit dem neuen Gesetz werden PsychotherapeutInnen und PsychologInnen bezüglich der Abwägung des Vertrauensverhältnisses insbesondere zivilrechtlich in eine unhaltbare Situation gebracht (siehe dazu die Stellungnahme der Magistratsdirektion - Abteilung Recht der Wiener Landesregierung).*
4. *Diese Punkte gelten auch für Berufsgruppen (wie. z.B. Gesundheits- und Krankenpflegerinnen), wenn sie im Kontext von Beratungs- oder Betreuungseinrichtungen arbeiten und eine Vertrauensbeziehung die Grundlage ihrer Arbeit bildet.*

Expertinnen zweier Einrichtungen in Graz wiesen uns darauf hin, dass Opferschutz und verpflichtende TäterInnenarbeit selbstverständlich als wichtige Inhalte des Gewaltschutzpaketes zu befürworten sind, dass aber bedauernswerterweise fast alle Einwände von Experten und Expertinnen diverser Fachstellen österreichweit im Sinne effektiven Opferschutzes (rechtliche und fachliche Sicht) keine Beachtung bei der Beschlussfassung zum aktuellen Gesetz fanden.

Bereits am 21. September 2019 machte AÖF, der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser, anlässlich des Internationalen Tages des Friedens auf das weltweit enorme Ausmaß an Gewalt an Frauen und Kindern und das Recht auf ein Leben in Frieden für alle Menschen aufmerksam. Es wurde die „Hellwach-Matinee“ in der Wiener Staatsoper für ein Ende der Gewalt an Frauen und Kindern veranstaltet.

Ein wesentlicher Aspekt dabei ist u. a., dass ein freies Gespräch über eigene Scham- und Schuldgefühle nach Übergriffen aller Ausprägungen nur unter der sogenannten Verschwiegenheitsregelung zustande kommen kann. Es gibt an Körper und Seele verletzte Menschen, für die es klar ist, sich durch Anzeige an die Polizei zu wenden. Andere suchen den Weg um Hilfe in der Psychotherapie, wofür man seine Gründe haben wird.

Wenn nun beispielsweise PsychotherapeutInnen der Anzeigepflicht unterliegen, dann kann diese durchaus ohne Zustimmung der Opfer passieren, und die Folgen (durch auf

freiem Fuße angezeigte Täter) sind für die bereits schwer Betroffenen meist nicht absehbar.

Seitens der involvierten Berufsgruppen wird bei Anzeigepflicht somit ein fehlendes professionelles und klientInnenorientiertes Arbeiten befürchtet. Letztlich wird allgemein seitens der Berufsgruppen kritisiert, dass es beim anfallenden Mehraufwand zu Doppelgleisigkeiten (verschiedene anzeigepflichtige Gesundheitsberufe sind etwa mit dem gleichen Verdachtsfall befasst) und somit daraus resultierenden Mehrkosten kommen wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Grazer Gemeinderat tritt mittels Petitionsweg an den Bundesgesetzgeber heran, damit dieser eine der ursprünglichen Intention zur Verbesserung des Opferschutzes entsprechende Regelung unter Einbindung von ExpertInnen neu ausarbeitet und bis dahin die vor dem Gewaltschutzgesetz 2019 gültigen Bestimmungen wiedereinführt.

Beilage:

Diese Initiative wird unterstützt von den/vom:

Die österreichischen Kinderschutzzentren

DMÖ Dachverband Männerarbeit Österreich

Bundesverband der Gewaltschutzzentren

ZÖF Zusammenschluss Österreichischer Frauenhäuser

BAFÖ Bund Autonome Frauenberatungsstellen bei sexueller Gewalt

Österreich

DÖJ Dachverband Österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen

Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreich

Fachstelle Prozessbegleitung für Kinder und Jugendliche
NEUSTART - Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit
Neues Lacan'sches Feld Österreich
WEISSER RING
Verein AÖF- Autonome Österreichische Frauenhäuser
GkPP Gesellschaft kritischer Psychologen und Psychologinnen
Steirischer Landesverband für Psychotherapie
Bundesverband Österreichischer PsychologInnen
Dachverband der sozialpsychiatrischen Vereine und Gesellschaften
Steiermarks
Dachverband steirischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen
Lebenshilfe Steiermark
Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH
Sozialwirtschaft Steiermark – Für Menschen mit Behinderung
ZEBRA Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum
Steirisches Netzwerk gegen sexualisierte Gewalt
Netzwerk der steirischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen
Hemayat – Betreuungszentrum für Folter- und Kriegsüberlebende
Beratungsstellen COURAGE Wien | Graz | Salzburg | Innsbruck | Linz
Ambulatorium für Kinder und Jugendliche - die Boje
ÖVIP - österreichischer Verein für Individualpsychologie
ifs Gewaltberatung
poika – Verein zur Förderung gendersensibler Bubenarbeit in Unterricht
und Erziehung
Dachverband Familienberatung
HEBAMMENZENTRUM – Verein freier Hebammen Wien

StRⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich möchte, Frau Kollegin Heinrichs, die Dringlichkeit dieses Antrages voll inhaltlich unterstützen. Auch ich bin viel unterwegs in Fraueneinrichtungen, Opferschutz- und Gewaltschutzeinrichtungen und überall kommt diese Kritik, dass das Vertrauensverhältnis von PsychotherapeutInnen und Therapeutinnen, die sich um gewalterfahrende Frauen kümmern, dass dieses Vertrauensverhältnis gebrochen ist, wenn es gleichzeitig diese Anzeigenpflicht gibt. Wir wissen, dieses Gewaltschutzpaket hat deswegen auch ganz große Kritik erfahren. Das ist, ohne auf jegliche Einwände einzugehen durchgegangen und beschlossen worden. Ich unterstütze das hier wirklich, weil das ein ganz wichtiger sensibler Punkt ist. Wir wissen, dass jede fünfte Frau von Gewalt betroffen ist. Es hat 2018 41 Frauenmorde gegeben, die Statistik von 2019 habe ich jetzt auf die Schnelle nicht gefunden, aber das ist entsetzlich, was da passiert und jegliche Unterstützung, die Frauen brauchen in der Situation, die muss ihnen zugutekommen und wenn so viele Expertinnen und Experten da wie damals aufgeschrien haben, dann ist das ernst zu nehmen. Ich bin aber gleichzeitig froh, dass die jetzige Regierung auch diesbezüglich einiges beschlossen hat, nämlich die Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen weiter fortzuführen. Was da noch umzusetzen ist, dass auch zur Gewaltprävention ein Aktionsplan angedacht ist und dass auch die Fallkonferenzen, die ganz wichtig waren, in hochbrisanten Fällen wieder eingeführt werden, die hat nämlich die letzte Frauenministerin Bogner-Strauß leider abgeschafft. In dieser Hinsicht wird jetzt einiges wieder passieren, aber trotzdem möchte ich die Dringlichkeit dieses Antrages unterstreichen.

GRⁱⁿ **Robosch:**

Geschätzte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Gewalt an Frauen passiert im sozialen Nahbereich fast ausschließlich, also nicht auf der Straße, sondern in der Familie, im Bekanntenkreis. Frauen, die von Gewalt betroffen sind, haben also fast immer eine Beziehung zum Täter und das ist auch eine der

Hauptgründe, warum die Anzeigenquote leider sehr niedrig ist. Ich kann verstehen, dass man den Wunsch hatte und auch das Ziel verfolgt hat, diese Quote zu heben, nur leider wäre eine gescheitere und eine von den Expertinnen und Experten gewünschte Maßnahme gewesen, die Betroffenen selbst zu unterstützen und ihnen eine Situation und eine Lebensrealität zu geben, in der sie wirklich auch anzeigen können. Eine Anzeigenpflicht jedoch, haben alle Expertinnen und Experten einhellig gesagt, ist nicht so eine Maßnahme, die dazu führen wird, dass die Anzeigen steigen werden, sondern eine Maßnahme, dass die Anzeigen sinken werden. Das ist die Hauptkritik oder eine der Hauptkritik oder eine der Hauptkritikpunkte, die von allen besagten und schon aufgezählten ExpertInnen und Organisationen kommt und auch die Hauptkritik der Opposition, die damals dagegen gestimmt hat, als FPÖ und ÖVP dieses Gewaltschutzpaket noch schnell umsetzen wollten und noch schnell medienwirksam unterbringen wollten. Dabei sollten wir uns ja eigentlich daran orientieren, was die gewaltbetroffenen Frauen per se brauchen und nicht, was sich in den Zeitungen oder am Stammtisch gut anhört. Deswegen befürworten wir natürlich diesen Antrag, dass die Anzeigenpflicht wieder aufgehoben wird und deswegen danke für diesen Antrag, unsere Zustimmung haben Sie.

GRⁱⁿ Wagner:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregerung, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste auf der Galerie. Das Gewaltschutzpaket 2019 war ein absoluter Meilenstein, bei dem es auch um die Verbesserung um die Zusammenarbeit der Behörden gegangen ist. Es wurde eine Task Force Strafrecht eingerichtet und dazu gibt es einen 204-seitigen Kommissionsbericht und dieser Kommissionsbericht wurde von 100 Expertinnen und Experten ein ganzes Jahr lang fundiert ausgearbeitet. Dieser Bericht umfasst drei Säulen, wo in erster Linie die strengeren Strafen wichtig waren, der verbesserte Opferschutz und erstmalig die Einführung einer verpflichtenden opferorientierten Täterarbeit. Das bedeutet nun, bisher war es immer so, dass Mediziner, Ärzte und Krankenhäuser oder auch

Hebammen bei Kenntnis eines Officialdelikts, sprich ein Delikt, das von Amtswegen zu verfolgen ist, verpflichtet waren, eine Meldung zu machen an die Dienstbehörde und die Dienstbehörde hat das in weitere Folge an die Kriminalpolizei weitergeleitet, also die Anzeige erstattet. Das ist ja nichts Neues. Es geht ja auch in erster Linie um den Opferschutz und wir wollen ja nicht die Täter schützen und wenn ich jetzt davon ausgehe, dass ich die Anzeige nicht erstatte, dann schütze ich den Täter und die Dunkelziffer könnte unter Umständen noch größer werden. Es geht ja auch darum, meiner Meinung nach oder unserer Meinung nach, dass der Vertrauensverlust nicht gegeben ist, weil Ausnahmetatbestände ja sowieso geregelt sind und Ausnahmen stellen auf das persönliche Vertrauensverhältnis ab. Derzeit ist es ja so, dass jeder selbst prüfen muss, ob die Ausnahme besteht. Gehe ich davon aus, dass der Psychotherapeut oder die Psychotherapeutin oder der Arzt oder die Ärztin von dieser Anzeigenverpflichtung ausgenommen sind, dann bedeutet das ja auch, wer weiß, ob es überhaupt einen zweiten Termin bei diesem Psychotherapeuten gibt, weil die Frau oder der Mann könnte ja Opfer einer größeren Gewalttat geworden sein, wer übernimmt da die Verantwortung, wenn es zu einem Mord kommt, so wie heute auch zu lesen war bereits in der Tageszeitung? In Niederösterreich ist wieder eine Frau Opfer einer Gewalttat geworden. Im Regierungsprogramm der Bundesregierung als Verantwortung für Österreich ist im frauenpolitischen Teil im Bereich Gewaltschutz die Präzisierung der Kriterien im Zusammenhang mit der Anzeigenpflicht festgelegt, um auch kritische Stimmen mitzunehmen und zu berücksichtigen. Wir sind ja auch alle, jeder Bürger und jede Bürgerin ist ja verpflichtet hinzusehen. Wenn ich mitbekomme, dass bei den Nachbarn irgendetwas schief läuft, müssen wir ja auch handeln und können wir auch nicht sagen, jetzt schauen wir weg und egal, was dort hinter den Türen passiert. Nachdem Ergänzungen zum Gewaltschutzpaket angedacht sind, z.B. beim Betretungsverbot ein Annäherungsverbot auf 50 m vorgesehen ist, wird die Dringlichkeit von uns nicht unterstützt in dem Fall.

StRⁱⁿ **Schwentner** zur Berichtigung:

Ich möchte nur eines richtigstellen. Das Papier, das die erarbeitet haben, an der viele Gewaltschutzeinrichtungen mitgearbeitet haben, die haben das tatsächlich erstellt dieses Papier, aber es ist nicht dasselbe herausgekommen. Vieles von dem, was hier erarbeitet wurde, ist nicht berücksichtigt worden im Gewaltschutzpaket und das ist das große Problem.

Nagl:

Nun die Berichtigung zur Berichtigung. Ich bitte, bei den Dringlichkeitsanträgen möglichst keine Diskussionen.

Wagner:

Ich möchte auch noch anmerken, wie es in dem Stück vorgesehen ist, dass der Täter angezeigt wird und dann frei herumläuft, das ist ja so nicht richtig. Genau aus diesem Grunde wurde ja der § 38 a Sicherheitspolizeigesetz eingeführt, in dem klar hervorgeht eine Wegweisung bzw. ein Betretungsverbot und sei es dann, dass der Gefährdete noch immer gefährdet ist, dann kann er selbst die einstweilige Verfügung beantragen und das gilt speziell für Kinder und Jugendliche. Das ist im Sicherheitspolizeigesetz ja sowieso vorgesehen.

Schönbacher:

Diese Task Force gab es ja aus gegebenem Anlass, weil einfach vermehrt Gewalt gegen Frauen aufgetreten ist. Wozu dient dieses Gewaltschutzpaket? Nämlich zum besseren Schutz von Opfern und nicht von Tätern. Nämlich hier geht es wirklich um Gewalt- und Sexualdelikte zum Schutz und zur Hilfestellung und natürlich auch zur Prävention, was sehr wichtig ist. Im Detail, weil man spricht da so lapidar von Gewalt. Ich möchte hier einfach ein wenig ins Detail gehen, weil da geht es nicht einfach um ein Gerangel oder

um einen Streit, den man jetzt aus der Welt schaffen muss, sondern die Anzeigenpflicht besteht eben beim Tod oder bei schwerer Körperverletzung oder bei einer Vergewaltigung. Da muss es doch selbstverständlich sein, dass einem das wichtig ist und dass man das anzeigt und man muss auch dazusagen, es gibt ja einen Punkt der Ausnahme, wo der Patient seinen ausdrücklichen Willen dagegen aussprechen kann gegen diese Anzeigenpflicht und dann muss eben nicht angezeigt werden. Oder wenn es den Therapeuten beruflich in seiner Tätigkeit einschränken würde oder das Vertrauensverhältnis gefährden würde. Das sind für mich Punkte, wo ich sage, da ist dann dieser Antrag zwar schön gemeint, perfekt in gendergerechter Sprache ausgeführt, aber nicht unbedingt dringlich. Es geht auch um Kinder und Jugendliche, die misshandelt, gequält, vernachlässigt und sexuell missbraucht werden. Worauf ich auch ansprechen möchte, ist eben durch die verstärkte Zuwanderung die körperliche Unversehrtheit; nämlich Genitalverstümmelung, die auch verboten ist. Da brauche ich keine Eltern, die dem nicht zustimmen wollen, weil sie dafür sind, sondern da ist es wirklich wichtig, dass man da anzeigt und genauer hinschaut und dass man wirklich diese Probleme beim Namen nennt. Deshalb werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil wir sagen, dieses Gewaltschutzpaket ist ein guter Weg. Natürlich kann man adaptieren, wenn man draufkommt, dass es nötig ist, aber prinzipiell passt uns das sehr gut so, danke.

Heinrichs:

Ich bedanke mich für alle Stellungnahmen zu diesem Antrag. Es ist ja nicht verwunderlich, wie es ausgeht, aber ich darf noch ein paar Dinge anführen. Ich fange vielleicht gleich bei dir, liebe Claudia Schönbacher, an. Du hast die Ausnahmeparagraphen angesprochen. Wenn man die Stellungnahmen vom Land Wien, vom Amt der Wiener Landesregierung, Magistratsdirektion Recht, und zwei andere Links, die man gleich findet, das umfasst ca. 25 bis 30 Seiten, durchliest, ich möchte dir sagen, das ist eine hochinteressante Lektüre, ich meine das jetzt ohne Beigeschmack. Ich habe es gemacht, dann weiß man, warum die Experten und

Expertinnen sagen, dass diese Ausnahmeparagraphen leider nicht ausdifferenziert behandelt worden sind. Da kann ich jetzt nicht ausholen, aber da gibt es Stellungnahmen dazu.

Zur Kollegin Wagner möchte ich auch sagen, danke vielmals, dass darauf hingewiesen wurde, dass es schon lange diese Anzeigemöglichkeiten gegeben hat, selbstverständlich, und auch Pflicht bei schweren Körperverletzungen usw. Aber wenn wir von diesem Fall sprechen aus der Zeitung, ich weiß nicht, ob wir von dem gleichen reden, dann kann ich nur sagen, was in der Zeitung steht, dann muss man sagen, hier wurde auf freiem Fuß angezeigt, dann ist es zur Katastrophe gekommen und vom Recht der Aussageverweigerung des Opfers wurde Gebrauch gemacht, also die Aussage wurde zurückgezogen. Das entspricht dann eher dem, was ich hier vorstelle, dieses Beispiel, wenn wir vom gleichen reden. Ansonsten danke vielmals, danke für die Aufmerksamkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Neos) abgelehnt.

**9.4 Mehr Sicherheit und bessere Integration für Graz - Petition an die Bundesregierung
(GR Mag. Sippel, MPA)**

Sippel:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen, hoher Gemeinderat, geschätzte Zuhörer auf der Galerie. Als Erstes möchte ich Ihnen, möchte ich euch allen ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr wünschen und wie das so üblich ist, am Anfang eines neuen Jahres nimmt man sich Vorsätze, gute Vorsätze vor. Auch ich habe das gemacht. Mein Vorsatz ist, nicht mehr nur schwarzzumalen, auch nicht türkis natürlich und nicht immer das Negative anzuprangern, sondern auch einmal den umgekehrten Weg zu gehen und die positiven Aspekte des politischen Mitbewerbers zu würdigen und diesen Neujahrsvorsatz möchte ich heute gleich einmal mit meinem dringlichen Antrag umsetzen.

Die Koalition hat in ihrem Programm, die neue türkis-grüne Koalition hat in ihrem Programm im Bereich Sicherheit und Integration einige vernünftige Maßnahmen vorgesehen. Man sieht, es wurde hart verhandelt, wahrscheinlich so hart, dass man dann, um wieder zu Kräften kommen, sich ein Mc-Menü gönnen muss, selbstverständlich. Aber für mich ist diese Koalition ja ohnehin die „Danke Ibiza“-Koalition. Also insbesondere die Grünen müssen ja täglich fünf Stoßgebete in Richtung Ibiza schicken, denn ohne das Video wären die Grünen ja nach wie vor in der politischen Bedeutungslosigkeit. Das heißt, neben der heiligen Gretl könnte HC Strache eigentlich euer neuer Schutzpatron werden. Aber kommen wir zu den guten Maßnahmen, die dieses Regierungsprogramm auch beinhaltet. Über die Tantiemen für den ehemaligen Innenminister Herbert Krickl können wir dann gesondert reden, aber diese Maßnahmen haben das Potential, einige Probleme im Bereich der Zuwanderung und der Integration tatsächlich zu lösen. Zu lösen und nicht nur zu verschieben, wie das z.B. auch die SPÖ machen will. Der Michi Ehmman hat sich da ja hervorgetan in einer Grazer Tageszeitung, wo er gesagt hat, um die Schwierigkeit mit dem hohen Anteil von Kindern nicht deutscher Muttersprache am rechten Murufer zu lösen, verschieben wir das Problem einfach aufs linke Murufer. Das heißt, wir öffnen die

Gemeindebauten für Zuwandererfamilien, dann ist das Problem verschoben. Ich glaube, dass dann die letzten zehn sozialdemokratischen Wähler am linken Murerer auch keine besonders große Freude damit haben. Aber das ist der falsche Weg. Das Problem gehört gelöst und nicht verschoben, und kommen wir zu den drei Punkten, die wirklich auch in diesem Regierungsprogramm hervorstreichen sind und die für die Stadt Graz von wesentlicher Bedeutung sein können.

Kopftuchverbot bis 14 Jahre, ich bin da bei der neuen Integrationsministerin Raab, die hat gesagt, mit dieser Maßnahme ermöglichen wir es den Mädchen bis zum 14 Lebensjahr, das heißt bis zur Religionsmündigkeit, auch ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Ein zweiter Punkt, der ebenso wichtig ist, eine verfassungskonforme Sicherungshaft für Gefährder. Ich glaube, wir sollen uns darauf verlassen können auf unsere Sicherheitsbehörden, auf die Geheimdienste, auf den Verfassungsschutz, der mit Sicherheit in dieser Frage sensibel vorgehen wird und uns dann nach eingehender Untersuchung die Gefährder auch festmachen wird. Weil ich glaube, der Schutz der Allgemeinheit wiegt hier mehr als das vermeintliche Recht auf Freiheit von potentiellen Gefährdern. Gerade in Graz, wo laut Verfassungsschützer die Hälfte der islamischen Gebetshäuser als zumindest problematisch eingestuft werden, ist das mit Sicherheit eine Verbesserung der Sicherheitslage.

Der dritte Punkt, die zusätzliche Schaffung von Rückkehrverfahrenszentren. Das ist ebenfalls etwas, das zu begrüßen ist. Ich würde mir wünschen, dass das überhaupt auch in Graz eingerichtet wird, um eben den Aufenthalt von illegalen Personen in Graz merklich zu reduzieren.

Ich muss sagen, als ich dieses Regierungsprogramm gelesen habe, habe ich mein blaues Wunder, im positiven Sinne erlebt. Endlich ein Sinneswandel, ein vernünftiger, auch bei der grünen Partei. Ab sofort seid ihr ja, wenn man, und so etwas gibt es, laut einer Diskursforscherin seid ihr jetzt auch eine rechtsextreme Partei. Herzlich willkommen im Klub, weil ihr verwendet in diesem Regierungsprogramm Begriffe wie illegale Immigration oder Schlepperei und das ist ja laut dieser Ruth Wodak ist das ein rechtsextremes Narrativ. Das heißt, ihr verwendet rechtsextreme Narrative, die sind in

diesem Regierungsprogramm drinnen, also auch eine rechtsextreme Partei. Wir sind alles rechtsextreme Parteien, außer die KPÖ vielleicht, die ist linksextrem, das ist auch nicht besonders. Nein, Scherz beiseite. Da sieht man schon, wenn diese Diskurswissenschaftler zu viel Zeit haben, dann kommt nichts Gescheites heraus. Abschließend, ich glaube, um Österreich und im Speziellen Graz sicherer zu machen, braucht es den größtmöglichen politischen Konsens. Mehr Sicherheit braucht Zusammenarbeit und ich glaube, es wäre ein wichtiges Zeichen, wenn die erfahrene schwarz-blaue Regierungskoalition in Graz der neuen türkis-grünen Regierung in Wien die Hand reicht, hier Unterstützung auch anbietet und wir gemeinsam hoffen, dass das nicht nur Lippenbekenntnisse im Regierungsprogramm sind, sondern dass die auch im Sinne der Stadt Graz schnellstmöglich umgesetzt werden. Deshalb mein

dringlicher Antrag:

Der Antragstext liegt Ihnen vor, vor allem wertzulegen ist auf die letzte Zeile.

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich diese von der neuen türkis-grünen Bundesregierung gesetzten Vorhaben. Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, die im Motivenbericht angeführten Schutzmaßnahmen für Mädchen bis zum 14. Lebensjahr sowie die Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit und die Unterbringung von Asylwerbern mit rechtskräftig negativem Bescheid in Rückkehrverfahrenszentren schnellstmöglich umzusetzen und bei allen Maßnahmen die Stadt Graz besonders im Fokus zu haben.

Ich bitte um Annahme und freue ich auf die Diskussion. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Auch Graz hat in jüngster Vergangenheit die Auswirkungen der Zuwanderungspolitik der letzten Jahre zu spüren bekommen. Eine Grazer Tageszeitung berichtete unlängst über den Anteil von Schülern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch in den Grazer Volksschulen, der bereits über 50 Prozent liegt. An einer Grazer Volksschule sind überhaupt keine Kinder mit Deutsch als Muttersprache eingeschrieben. Ebenfalls ist festzuhalten, dass es immer mehr Kinder mit islamischem Religionsbekenntnis an den Grazer Pflichtschulen gibt. Nicht zuletzt haben die Dschihadisten-Prozesse in Graz gezeigt, dass radikal-islamische Haltungen in Österreich vermehrt verbreitet werden und auch Anklang finden. Laut Verfassungsschützer sind rund die Hälfte der 20 muslimischen Gebetshäuser in Graz als problematisch einzustufen. Es besteht akuter Handlungsbedarf. Im Regierungsprogramm 2020 – 2024 „Aus Verantwortung für Österreich“ bekennt sich die neue türkis-grüne Bundesregierung in den Kapiteln Integration und Bildung sowie Asyl zu folgenden Punkten, die das Potential haben, oben genannte Probleme zu lösen:

- Ausweitung des bestehenden Kopftuchverbots auf Schülerinnen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Erreichen der Religionsmündigkeit)*
- Einführung eines zusätzlichen verfassungskonformen Hafttatbestands (Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit)*
- Weiterentwicklung und Ausbau der bestehenden Rückkehrberatungseinrichtungen zu Rückkehrverfahrenszentren*
- Maßnahmen setzen, um das Untertauchen von Asylwerberinnen und Asylwerbern mit rechtskräftig negativem Bescheid zu verhindern.*

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich diese von der neuen türkis-grünen Bundesregierung gesetzten Vorhaben. Der Bundesgesetzgeber wird am Petitionswege ersucht, die im Motivenbericht angeführten Schutzmaßnahmen für Mädchen bis zum 14. Lebensjahr sowie die Sicherungshaft zum Schutz der Allgemeinheit und die Unterbringung von Asylwerbern mit rechtskräftig negativem Bescheid in Rückkehrverfahrenszentren schnellstmöglich umzusetzen und bei allen Maßnahmen die Stadt Graz besonders im Fokus zu haben.

GR. Luttenberger:

Sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst beginne ich mit einer paradoxen Intervention, auch von mir schöne Neujahrswünsche und für das Jahr 2020 wünsche ich mir endlich einen Kaffeeautomaten im zweiten Stock, daran messe ich unsere Aktivitäten in der Stadt und ich nehme an, wenn ich das als dringlichen Antrag gestellt hätte, hätte ich fast eine Mehrheit bekommen. Aber darum geht es nicht, jetzt werde ich ernst und ich möchte genauso ernst und launisch antworten und meine Meinung zu diesem dringlichen Antrag sagen.

Ihr erinnert euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu Beginn der Gemeinderatssitzung hat der Herr Bürgermeister zutreffend und richtig gesagt, man muss stolz sein auf den Menschenrechtsbeirat, man muss stolz sein auf den Ausländerinnen- und Ausländerbeirat, man muss stolz sein auf den Titel Stadt der Menschenrechte und auch du, Herr Bürgermeister, sagst regelmäßig immer, du bist stolz, wir auch übrigens, dass es in Graz dutzende Nationen gibt, die dutzende Sprachen sprechen und die sich wirklich verstärkt und stark bemühen, Integration zu betreiben und in dieser Stadt zu leben, das möchte ich vorausschicken.

Jetzt habe ich da vor mir einen dringlichen Antrag liegen als Petition, den ich eigentlich nicht als Petition sehe, sondern als eine Art Grußbotschaft von der Grazer FPÖ an die Parlaments-FPÖ und deren Chef Kickl, wo drinnen steht, ganz toll eure harte

Oppositionspolitik und wir versprechen euch, die Grazer FPÖ macht es besonders hart und kantig und es soll sozusagen alles relativ schnell über die Bühne gehen. Der Motivationstext, da könnte man über einiges durchaus reden, dass wir Problemzonen-Schulen haben, darüber muss man wirklich diskutieren, da bin ich bei euch. Dass es diese Kopftuchthematik gibt, muss man diskutieren, dass es vom Verfassungsschutz herauskristallisiert wurde, dass in einigen Grazer Gebetshäusern hier islamistische starke Politik betrieben wird, die untersuchenswert ist, auch das muss man meiner Meinung nach untersuchen, das ist nicht das Thema. Das Thema ist, dass ihr jetzt eine Petition macht, wobei die jetzige Bundesregierung ja noch gar nicht einmal geredet hat, wie sie das umsetzt. Deswegen kann ich schon allein deswegen nicht zustimmen. Ihr tut schon einmal mit vorseilendem Gehorsam da Dinge einfordern, die gar nicht so einfach zum Diskutieren sein werden. In der heutigen Ö24-Gratis-Zeitung ist drinnen die Kopftuchdiskussion, in der Kleinen Zeitung hat der jetzige Innenminister auch einige Punkte gesagt, wo man zusammenfassend sagen muss, das ist nicht so einfach zu lösen. Wenn ich da jetzt lese, ich weiß, es ist das Regierungsprogramm, verfassungskonforme Haftbestandsgeschichten, damit ich eine Sicherungshaft aussprechen kann, ja das geht mit der jetzigen Verfassung glücklicherweise nicht. Wir haben die Europäische Menschenrechtscharta unterzeichnet, wir haben alles Mögliche unterzeichnet. So einfach wird das nicht sein und ich hoffe, dass in der jetzigen Bundesregierung das seriös diskutiert wird und dass ein Ergebnis herauskommt, womit wir hoffentlich alle leben können. Die Rückkehr der Beratungseinrichtungen ist eh schon ein alter Hut und der Schluss, der ist wirklich besonders pikant, Maßnahmen zu setzen, um das Untertauchen von Asylwerberinnen und Asylwerber mit negativem Bescheid zu verhindern. Also wir reden da, ich sage es salopp, von Schutzhaft. Wenn ein Asylwerber oder eine Asylwerberin abgelehnt wird, dann ist er im nächsten Augenblick eigentlich kriminell und gehört in Schutzhaft genommen. Nein, diese Meinung habe ich nicht, auch wenn du so begeistert nickst, Herr Kollege Lohr. Das ist wirklich alles eine wahnsinnige Gratwanderung. Ich wollte zum Schluss eines noch sagen, damit das auch nicht missverstanden wird, ich persönlich bin auch nicht immer für diese Welcome-Politik, ich persönlich habe auch eine Haltung, falls es dazu

kommen sollte, dass verstärkt Menschen flüchten und an den EU-Außengrenzen stehen oder an den österreichischen Grenzen stehen, dass da Maßnahmen gesetzt werden, um das Asylverfahren rascher abzuwickeln, um diesen Menschen nicht irgendwelche trügerischen Hoffnungen zu machen, da gehört viel getan, aber ich plädiere schon für einen gewissen Humanismus, weil zu meinen oder zu glauben, Österreich ist so ein total arisches Land, da gibt es nur Österreicherinnen und Österreicher, das ist alles ein Blödsinn. 25 % der ÖsterreicherInnen sind ja Zugewanderte. Für das Protokoll, und deswegen bin ich herausgegangen, wir und ich, ich kann diesem Antrag und dieser Petition natürlich weder im Inhalt noch in der äußeren Form die Zustimmung geben, danke fürs Zuhören.

GR. Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Antragsteller, lieber Armin. Ich habe einen ähnlichen Eindruck wie der Kurt, ich fürchte auch, das ist ein reflexartiger Antrag, der in der ersten Sitzung nach Regierungsbildung de facto eingebracht wird, ja, wir sind zwar in Graz ein blaues Beiwagerl, aber wir sind eh brav und wir fahren da eh ein Programm, um hier zu zeigen, dass wir Opposition unterstützen in Wien. Also eh eine blöde Rolle, die ihr da habt, aber das kann ich eh verstehen, aber es ist halt so. Nur der Punkt ist schon, der Innenminister, ich hätte ja nicht gedacht, dass ich dem einmal fast Recht geben muss, aber inhaltlich muss ich ihm da heute Recht geben, wenn er sagt, eine Inszenierung von Kickl war fehl am Platz. Insoferne ist auch deine Inszenierung hier heute, Armin, fehl am Platz, so sehe ich das und dieser Antrag ist inhaltlich als auch in der Dringlichkeit selbstverständlich abzulehnen. Wenn ich da nur denke an die verfassungskonforme Darstellung der Sicherungshaft eures Schöpfers Kickl, in dem Fall, der von den einen bezeichnet wird als, oder er sich selbst hier wahrscheinlich auch als BIMAZ, als bester Innenminister aller Zeiten, die anderen sagen GRÖWIAZ, der größte Witz aller Zeiten, man streitet

sich darüber, soll es sein wie es ist, ich will das da gar nicht bewerten, aber in letzter Stelle muss ich sagen, die Verfassungskonformität hat er oft nicht erreicht. Aber die habt ihr soundso in der Regierung nicht erreicht oder da habt ihr euch schwer getan, weil da ist ja einiges aufgehoben worden mittlerweile, auch im Sozialministerium, auch die Sozialministerin hat da Schiffbruch erlitten dort und da. Ich hoffe, dass zumindest das über bleibt bei der Beteiligung der Grünen, dass die Gesetze jetzt wieder halten, was sie versprechen, denn auch die Grünen, das muss ich an dieser Stelle leider auch sagen, die haben hier die Moral völlig über Bord geworfen und haben sich da komplett ausziehen lassen, im politischen Sinne. Das glaube ich, wird auch nicht gut sein, denn allein in der Sicherungshaft zeigt es beispielsweise, wenn die neue Justizministerin sagt, sie achtet auf Verfassungskonformität, da bin ich gespannt, denn die Agenden sind nämlich vom Bundeskanzleramt zur Innenministerin oder zur Justizministerin seinerzeit gegangen, jetzt aber wieder zurückgegangen zum Bundeskanzleramt, das heißt, der Innenminister verhandelt mit dem Bundeskanzler und die Grüne Justizministerin darf nur mehr absegnen oder den Zettel schreiben. Das ist auch spannend, das halt ich auch nicht für glücklich gelungen, aber ok, soll so sein, wie es ist. Ihr werdet es letztendlich eh selbst verantworten müssen. Vielleicht noch etwas dazu, zur leidigen oder sinnentleerten Diskussion zur Burger-Debatte, da muss ich jetzt ganz ehrlich sagen, das halte ich wirklich für einen Witz und mich wundert ja eh, oder glücklicherweise ist es nicht gekommen, oder vielleicht kommt es noch, ich habe schon von euch erwartet, reflexartig, dass auch in diesem Bereich etwas kommt von Fast-Food und ich habe mir schon gedacht, es kommt heute sicher ein Antrag, ob Kebap-Spieß eine Aufenthaltsbewilligung braucht und wenn ja, ob der bis zum Verzehr erlischt oder ob das bleibt. Auch solche Sachen hätte ich mir heute schon erwartet. Aber letztendlich könnt ihr eigentlich Sachen bewegen, die in eurer Hand liegen in Graz und das ist wirklich, und du hast es selbst angesprochen, zwar falsch interpretiert, vielleicht bewusst, oder hast es nicht verstanden, aber letztendlich ist es so, dass ich gemeint habe, mit dieser Verteilung, das sage ich auch ganz klar an dieser Stelle, dass das Amt bei der Verteilung von Wohnungssuchenden hier sanft einlenken kann und quasi sanft vorgehen kann. Ich gebe zwar zwei Wohnungen im Osten beispielsweise als

Angebot an, bei drei Wohnungen und eine im Westen, oder wie auch immer, ich kann mir da schon Sachen überlegen, hier das sanft zu steuern, um hier ein wenig auszugleichen. Der Ausgleich heißt ja nicht, dass, ich weiß nicht, heute auf morgen 1000 Leute übersiedeln mit Migrationshintergrund, das ist eh ein Blödsinn, aber auf Sicht hin gesehen kann ich ja steuernd eingreifen, um Schulen auch bzw. den unmittelbaren Standort bei der Wohnort nächsten Schule zu entlasten. Das ist gemeint, nicht irgendein Herumführen, und nicht irgendjemanden zu etwas zwingen, sondern einfach hier sanfte strategische Steuerung zu übernehmen und das würde ich mir schon von einer Wohnungspartei, wie ihr euch bezeichnet, jetzt mittlerweile, quasi hier so sehen, dass ihr das machen solltet. Oder ihr könntet euch darum kümmern, wo ihr auch zuständig seid, beispielsweise das Thema Christ-Church in der Augasse, wo ihr alle reflexartig mit großem Trara aufgetreten seid, letztendlich zu einer Lösung quasi euch durchgerungen habt und gesagt habt, es wird eine Standortänderung geben, ihr werdet den Verein unterstützen, der Verein würde das auch begrüßen, mittlerweile, wenn der Standort sich ändern würde, bis heute ist nichts passiert. Euer eigener Bezirksvorsteherstellvertreter fordert das massiv ein, obwohl ihr selbst zuständig seid. Er fordert das von euch selbst ein. Da würde ich mir auch in der Kommunikation, in der internen, etwas überlegen. Aber, wie gesagt, es geht jetzt um den Antrag und daher keine Zustimmung zur Dringlichkeit auch nicht zum Inhalt.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) angenommen.

Sippel:

Ich sage einmal recht herzlichen Dank für die Annahme der Dringlichkeit. Ich glaube, Zuhören ist das Mittel, um dann auch zu verstehen, was ich möchte. Ich möchte die Hand reichen, ich möchte einen breiten Konsens erreichen von Graz nach Wien, damit

wir die Sicherheitsprobleme in dieser Stadt auch gemeinsam lösen und dass das nicht einfach wird, lieber Kollege Kurt Luttenberger, das ist auch völlig klar und dass es Lösungen braucht, die dann auch halten, versteht sich auch und dass man da keinen Schnellschuss braucht, ist klar. Aber es geht, so denke ich, darum, ausgehend von der zweitgrößten Stadt da auch einmal zu zeigen, dass diese Maßnahmen grundsätzlich begrüßt werden. Dass da eine Bundesregierung ist, die in Fortführung einer Linie, die es auch in der letzten Bundesregierung gegeben hat, sich den aktuellen Problemlagen in diesem Land im Bereich der Sicherheit, im Bereich der Migration, im Bereich des Asylwesens annimmt. Um nichts anderes geht es und ich glaube, da sind solche, ich glaube, du hast es selbst gesagt, Michi, da sind solche Opposition-versus-Regierungsspiele einfach fehl am Platz und das war ja mein Vorsatz, das einmal wirklich anders zu bringen, dass man nicht immer sozusagen, ich bin die Opposition, ich muss jetzt dagegen sein und die anderen sind die Regierung und die brechen in Jubelstürme aus, darum geht es. Dass man vielleicht auch einmal über die eigenen Parteigrenzen und über die eigene Partibrille hinausschaut. Ich glaube, das würde uns allen guttun und es wäre ja auch etwas, was den Leuten in dieser Stadt und in diesem Land gut gefallen würde. Bei dir habe ich ein wenig den Eindruck, dein Vorsatz ist der, dass du jetzt die SPÖ in Graz wirklich zu einer echten Zwerger-Partei machen willst. Das habe ich nach deiner Wortmeldung jetzt so verstanden und weil du Gösting ansprichst, natürlich ist das ein Thema, da sind wir auf der Suche nach einer Lösung, dass das nicht einfach ist, so eine Kirche, die mitten in einer Wohnsiedlung drinnen ist, auch entsprechend bei einer guten Verkehrsanbindung etc. irgendwo anders unterzubringen, dass das eine Zeit braucht, aber du kannst dir sicher sein, dass wir da dran sind, dass es da Ideen gibt und dass es unser Einwirken war, dass da endlich einmal eine Bereitschaft auch ist, sozusagen nicht den Stur-Standpunkt einzunehmen, sondern dann dort auch einmal die Bereitschaft zu haben, grundsätzlich weggehen zu wollen. Da sind wir dran und wie auch bei diesen ganzen sicherheitspolitischen Maßnahmen, von heute auf morgen geht da gar nichts. Jetzt ist einmal dieses Regierungsprogramm, diese Maßnahmen sollten relativ schnell umgesetzt werden, das würde der Stadt guttun und das würde diesem Land guttun und ich hoffe, dass die Bundesregierung dieses Signal aus Graz

wahrnimmt und dann auch entsprechende Umsetzungen schleunigst durchzieht.

Danke.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Neos) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (15.40 Uhr).

**9.5 Gemeindewohnungszugang für Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind
(GRⁱⁿ Wutte, MA, Grüne)**

Wutte:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister. Gerade zur jetzigen Jahreszeit ist natürlich für Menschen, die wirklich von Wohnungslosigkeit betroffen sind, die Situation sehr bedrohlich wegen der kalten Temperaturen und zum Glück haben wir in Graz ja grundsätzlich ein recht gutes Angebot an Notschlafstellen, an verschiedenen Wohnheimen, betreuten Wohnungen usw. Es gibt das Kältetelefon, es gibt verschiedenste Angebote für die Zielgruppe. Von dem her ist die Einschätzung vieler ExpertInnen, dass es in Graz ausreichend Notschlafplätze gibt, um akuter Wohnungslosigkeit zu begegnen. Es gibt aber immer mehr die Rückmeldung, dass eigentlich die Zeit danach das große Problem ist. Also wenn Menschen ein paar Tage oder auch Wochen in einer Einrichtung sind, wo sie danach hingehen und wie man ihre Wohnsituation wieder stabilisieren kann. Es ist ganz klar, in einer Stadt, in der es immer weniger leistbaren Wohnraum gibt, ist es klar, dass sich diese Gruppe besonders schwer tun wird, am freien Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Weil sie kein festes Einkommen vorweisen können aufgrund ihrer gesamten Lebenssituation. Die Situation hat sich jetzt einfach noch einmal verschärft durch die neuen Gemeindewohnungsrichtlinien. Es ist keine Überraschung, dass ich die neuen Richtlinien von Anfang an abgelehnt habe und sehr kritisch sehe, aber bei den

wohnungslosen Menschen gibt es da einfach noch einmal ein spezielles Problem. Weil diese fünf Jahre Meldedauer, die man in Graz jetzt haben muss, um Zugang zu einer Gemeindewohnung zu haben, viele von diesen Menschen sind ja seit 5 Jahren in Graz, oder länger, und sie haben einfach nur Meldelücken, aufgrund ihrer prekären Lebenssituation. Es entsteht beispielsweise dadurch, dass Menschen nach Verlust ihrer Wohnung eine Zeit lang bei Freunden unterkommen oder bei Verwandten, aber dort nicht gemeldet sind. Oder zum Beispiel auch, wenn man in einer Einrichtung betreut wird und dann in eine andere Einrichtung überwechselt, dass man dann sehr schnell abgemeldet wird und quasi nicht am nächsten Tag schon wieder neu gemeldet ist. Dadurch entstehen einfach Meldelücken im Melderegister dieser Menschen. Das Wohnungsamt sagt halt, eigentlich können nur Meldelücken berücksichtigt werden, die durch Haftaufenthalte oder Krankenhausaufenthalte entstehen und andere Meldelücken führen im Normalfall zum Verlust vom Anspruch auf Gemeindewohnungen. Das führt dazu, dass immer weniger Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Gemeindewohnungen vermittelt werden können. Also eine Einrichtung hat z.B. gesagt, früher haben sie so ca. 25 % ihrer KlientInnen vermitteln können und jetzt sind sie unter 10 % mittlerweile. Das ist jetzt keine große Anzahl von Menschen, aber ich denke, jeder einzelne Mensch, dessen Wohnsituation und dessen gesamtes Leben man wieder stabilisieren kann, ist ein großer Erfolg und jeder einzelne Mensch sollte uns da wichtig sein. Deswegen sollte im Sinne dieser Menschen eine transparente Lösung gefunden werden, die den Gemeindewohnungszugang auch bei kleinen Meldelücken einfach ermöglicht. Ich denke, wir sind uns da alle einig, niemand kann ernsthaft wollen, dass Menschen, die so und so am Rande der Gesellschaft leben unter prekären Bedingungen, nur aufgrund von Meldelücken, für die sie normalerweise nichts können, keine Gemeindewohnung bekommen. Man könnte beispielsweise eine bestimmte Anzahl von Tagen oder Wochen innerhalb der fünf Jahre definieren, die tolerierbar sind oder, was ich auch sehr gut fände, die Menschen sind ja normalerweise eh in Kontakt mit einer Einrichtung und die können dann auch bestätigen, dass die Menschen in Graz aufhältig

waren, wenn die in einem regelmäßigen Kontakt sind. Auch wenn sie eine bestimmte Zeit nicht gemeldet sind. Ich stelle daher namens der Grünen folgenden

dringlichen Antrag,

und würde mich sehr über Annahme freuen, weil ich denke, das würde einigen Menschen wirklich helfen und wäre einfach eine total sinnvolle Sache:

1. Vizebürgermeister Mario Eustacchio als für die Gemeindewohnungen zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung der ExpertInnen des Forums Wohnen (eine Plattform der Wohnungslosen-Einrichtungen in Graz) einen Lösungsvorschlag im Sinne der Menschen, die durch Meldelücken keine Gemeindewohnungen bekommen, bis März 2020 zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss sowie dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner als für Soziales zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht zu prüfen, ob eine neue Wohnungslosen-Studie in Auftrag gegeben werden kann, um aktuelle Daten und Fakten zum Thema Wohnungslosigkeit in Graz als Grundlage für Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung zu erheben.

Ich würde mich über die Zustimmung sehr freuen, danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Gerade im kältesten Monat des Jahres setzen sich viele Menschen verstärkt mit dem Thema Wohnungslosigkeit/Obdachlosigkeit auseinander. Für Menschen, die tatsächlich keinen Platz zum Schlafen haben, können die kalten Temperaturen lebensbedrohlich sein. Zum Glück hat Graz ein gut aufgestelltes Angebot an Notschlafstellen und

Wohnheimen. Die 2017 veröffentlichte Studie zu Wohnungslosigkeit und Wohnungslosenhilfe in Graz listet über 20 verschiedene Formen von Nächtigungsmöglichkeiten (Notschlafstellen, Wohnheime, betreute Wohnungen etc.) für verschiedene Zielgruppen auf. Außerdem richten sich verschiedene zusätzliche Angebote wie das Marienstüberl oder Beschäftigungsprojekte des zweiten und dritten Arbeitsmarktes an die Menschen. Das 2018 ins Leben gerufene Grazer Kältetelefon bietet eine weitere wichtige Anlaufstelle, um SozialarbeiterInnen bei bedrohlich kalten Temperaturen auf den Schlafplatz einer obdachlosen Person aufmerksam zu machen. Zusammenfassend lautet die Einschätzung vieler ExpertInnen, dass in Graz ausreichend Notschlafplätze verfügbar sind, um akuter Wohnungslosigkeit zu begegnen. Viele Hilfseinrichtungen geben allerdings die Rückmeldung, dass nicht die Akutversorgung das Problem sei, sondern die Zeit danach. Welche Wohnmöglichkeiten haben Menschen nach ihrem Aufenthalt in einer Notschlafstelle oder in einem Wohnheim? In einer Stadt, in der leistbarer Wohnraum Mangelware ist, haben insbesondere die KlientInnen der Wohnungslosenhilfe schlechte Chancen, eine Wohnung zu finden. Zumeist ist ihre Lebenssituation als Ganzes prekär, sie können kein festes Einkommen vorweisen etc. Stark verschärft hat sich die Nachversorgung der Wohnungslosen durch die 2017 in Kraft getretene Überarbeitung der Gemeindewohnungsrichtlinien. Dass ich diese Überarbeitung grundsätzlich kritisch sehe, ist kein Geheimnis, wurden doch Barrieren für den Zugang zu Gemeindewohnungen eingezogen, vor allem durch das Erfordernis einer 5-jährigen durchgängigen Meldung in Graz.

Etliche wohnungslose Menschen erfüllen zwar durchaus das Erfordernis der fünfjährigen Aufenthaltsdauer in Graz, haben aber aufgrund ihrer prekären Lebenssituation kleine (oder manchmal auch größere) Meldelücken innerhalb der fünf Jahre. Eine Meldelücke kann beispielsweise entstehen, wenn Menschen nach Verlust ihrer Wohnung für ein paar Tagen bei Freunden unterkommen. Auch beim Übergang von einer betreuten Einrichtung in eine andere kann eine Meldelücke entstehen, weil die Einrichtungen ihrer KlientInnen zumeist sehr rasch abmelden, die Neumeldung aber meistens nicht am ersten Tag des Einzugs erfolgt. Laut Information des

Wohnungsamtes an die Einrichtungen können aber nur Meldelücken, die durch Haft- oder Krankenhausaufenthalt entstehen, berücksichtigt werden. Andere Meldelücken führen im Normalfall zu Verlust des Anspruches auf Gemeindewohnung. Das führt dazu, dass immer weniger Menschen aus Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Gemeindewohnungen vermittelt werden können. Eine Einrichtung berichtete, dass sie früher etwas 25% der KlientInnen in Gemeindewohnungen vermittelt konnte, während es aktuell nur mehr unter 10% seien. Es geht hier um keine große Anzahl von Menschen, aber jeder Mensch, dessen Leben durch eine gesicherte Wohnsituation stabilisiert werden kann, ist ein großer Erfolg. Deswegen sollte im Sinne dieser Menschen eine transparente Lösung gefunden werden, die den Gemeindewohnungszugang auch bei Meldeunterbrechungen verlässlich ermöglicht. Niemand kann ernsthaft wollen, dass Menschen, die sowieso am Rande der Gesellschaft unter teilweise extrem prekären Bedingungen leben, nur aufgrund von Meldelücken keine Gemeindewohnung bekommen. Man könnte beispielsweise eine gewisse Anzahl von Tagen/Wochen innerhalb der fünf Jahre als tolerierbare Meldelücken definieren und/oder Bestätigungen über den Aufenthalt in Graz von mit den Menschen arbeitenden Streetworkern und anderen BetreuerInnen als Aufenthaltsnachweis annehmen.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Vizebürgermeister Mario Eustacchio als für die Gemeindewohnungen zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, unter Einbindung der ExpertInnen des Forums Wohnen (eine Plattform der Wohnungslosen-Einrichtungen in Graz) einen Lösungsvorschlag im Sinne der Menschen, die durch Meldelücken keine Gemeindewohnungen bekommen, bis März 2020 zu erarbeiten und dem zuständigen Ausschuss sowie dem Gemeinderat zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.*

2. *Stadtrat Kurt Hohensinner als für Soziales zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht zu prüfen, ob eine neue Wohnungslosen-Studie in Auftrag gegeben werden kann, um aktuelle Daten und Fakten zum Thema Wohnungslosigkeit in Graz als Grundlage für Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung zu erheben.*

Eustacchio:

Dankeschön. Nachdem ich angesprochen wurde bzw. Kollege Hohensinner, erlaube ich mir auch gleich als Erster darauf zu antworten. Frau Gemeinderätin Wutte, es ist halt immer so, wenn man sich mit einem Thema noch nicht wirklich eingehend beschäftigt hat, dann hat man halt so ein Manko und es bedarf vielleicht auch einer gewissen Aufklärung, die Sie vielleicht noch nicht wissen, aber das werden wir versuchen.

Kollege Hohensinner und ich, und ich darf den ersten Teil sozusagen übernehmen, weil es ist schon schwierig, wenn Sie Dinge behaupten, die so überhaupt nicht existieren.

Grundsätzlich besteht in Österreich einmal aus guten Gründen eine Meldepflicht nach spätestens 3 Tagen einer Abmeldung und dadurch könnten kurzfristige Meldelücken entstehen, das ist korrekt. Auch die von Ihnen beschriebenen Meldelücken, die beim Übergang zwischen zwei Einrichtungen stehen könnten, werden seitens Wohnen Graz sehr wohl berücksichtigt. Da kommt es zu keinen Lücken oder keinen

Darstellungsverlusten. Diese Problemstellung wissen wir in Wohnen Graz und das hat auch schon die Kollegin Elke Kahr gehabt und das ist auch davor immer ganz korrekt und ordnungsgemäß gemacht worden. Das hat nichts mit Zuweisungsrichtlinien und anderen Dingen zu tun. Damit Sie auch konkrete Zahlen haben, im Jahr 2019 wurden, abzüglich von Wohnungswechseln, 583 Wohnungen neu zugewiesen, 110 der Neuzugänge wurden aufgrund der geltenden Richtlinien als Einzelfälle, also genau das, was Sie ansprechen, beurteilt und gemäß Abschnitt 3, Wohnversorgung in Notfällen durchgeführt. 45 Personen stammten aus Betreuungseinrichtungen, weitere 65 aus privaten Notunterkünften. Das bedeutet, damit wir auch die Zahl wissen, dass nahezu 19 % der Neuzuweisungen genau jene Personen waren, die von akuter

Wohnungslosigkeit betroffen waren. Dies zeigt, dass die Thematik im Eigenbetrieb Wohnen Graz sehr wohl dort bewusst ist und dem großes Augenmerk geschenkt wird und die Dringlichkeit Ihres Antrages ist vielleicht eher einem politischen Handeln oder vermutlich einem Tun, wo sie glauben, dass Sie sich jetzt auch bei diesem Thema einbringen wollen, geschuldet, ist aber auf jeden Fall nicht dringlich. Vielleicht noch als Zusatzinformation: Obdachlose haben die Möglichkeit, durch Stellung eines Antrages eine Hauptwohnsitzbestätigung von der Meldebehörde zu erlangen, also auch von unserer Behörde in der Stadt Graz. Sie müssen glaubhaft machen, dass sie seit mindestens einem Monat den Mittelpunkt ihres Lebens, ihrer Lebensbeziehung ausschließlich im Gebiet dieser Gemeinde haben und im Gebiet dieser Gemeinde eine Stelle bezeichnen können, die sie regelmäßig aufgesucht haben. Kontaktstelle, private Kontaktadressen, Sozialamt, Obdachloseneinrichtung etc. Sie sehen also, das von Ihnen Beschriebene, die Problemstellungen, die gibt es gar nicht und ich würde mir wünschen, Frau Kollegin, dass Sie hier vorsichtiger mit Vorwürfen umgehen gegenüber der Stadtpolitik, gegenüber der Ämter und gegenüber der Eigenbetriebe, weil hier wird sehr sorgsam gearbeitet und die Fünf-Jahres-Richtlinie, die wir eingeführt haben, hat dazu geführt, dass genau bewusst die Grazer Bevölkerung, für die auch diese Einrichtung zur Verfügung steht, dieses Wohnen Graz und die Wohnungen, bevorzugt behandelt werden und das ist auch im Sinne der Grazer Bevölkerung und dem tragen wir Rechnung. Wir sind stolz darauf und bis jetzt hat das auch wunderbar funktioniert und es wird auch weiterhin funktionieren. Ich danke einmal vorweg und darf gleich einmal Kollegen Hohensinner bitten, weil der zweite Teil Ihres dringlichen Antrages betrifft ja den Kollegen Hohensinner (*Appl. FPÖ*).

Hohensinner:

Liebe Manuela, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich darf eben anschließen und den sozialen Teil beantworten versuchen. Vorab möchte ich hier festhalten, dass die Stadt Graz gerade für obdachlose Menschen ein unglaublich dichtes Netz an Notschlafquartieren bereitstellt. Wir machen das nicht selbst, sondern machen das mit

privaten Trägern in Kombination, eben mit der Caritas und der Vinzenzgemeinschaft. Wir stellen gesamt 429 Betten in Graz für obdachlose Menschen zur Verfügung. Zusätzlich, wenn man jetzt die städtischen Männer- und Frauenwohnheime dazurechnet, kommen hier noch einmal 125 Plätze dazu, sowie das Sozialamt verfügt auch über Übergangswohneinheiten. Da haben wir insgesamt noch einmal 120. Ich habe extra nachgefragt, derzeit sind 41 dieser Übergangswohnungen frei. Liebe Manuela, du sprichst in deinem Motivenbericht sehr stark die Prävention an. Dazu vier Punkte, Prävention wird gerade in der Sozialarbeit sehr groß geschrieben. Aufsuchend, einerseits was die Erwachsenensozialarbeit betrifft, aber auch die Jugendsozialarbeit, die im Jugendamt angesiedelt ist, die wir auch gemeinsam mit dem Amt für Jugend und Familie auf neue Beine gestellt haben. Punkt 2, wir haben extra ein Ampelsystem eingerichtet, ich möchte mich da bei meinem Mitarbeiter Max Koren bedanken, von ihm stammt diese Idee, dass wir die privaten Träger vernetzen und immer auf Knopfdruck wirklich abfragen können, gibt es einen Engpass an Winternotschlafstellen, ja oder nein? Das gibt es jetzt schon das zweite Jahr. Bis jetzt war die Ampel immer auf grün, wenn sie auf gelb umschaltet, wissen wir, dass wir zusätzliche Quartiere bereitstellen müssen. Wir haben auch noch einmal nachgefragt bei der Vinzenzgemeinschaft und auch bei der Caritas, es hat in den letzten Jahren keinen Engpass bisher gegeben. Punkt vier, das Kältetelefon wurde von mir angeregt, weil es gibt dieses Kältetelefon ja auch schon in Wien. Das wurde jetzt in Graz sehr, sehr gut umgesetzt mit in etwa 100 Ehrenamtlichen, wirklich eine großartige Geschichte. Zur Wohnungslosenstudie selbst, die wurde am 18.12.2017 präsentiert, eigentlich damals hat man auch gesagt, die Situation ist zufriedenstellend. Es hat auch Handlungsempfehlungen gegeben. Ich bin gerade drauf und dran, diese Handlungsempfehlungen abzuarbeiten. Da auch drei Punkte, wir haben das Vorzeigeprojekt Housing first ausgebaut, da werden vor allem Frauen unterstützt, dass sie eben nicht zurückfallen in die Wohnungslosigkeit. Wir haben auch mit dem Land Steiermark, mit der Doris Kampus, nach einigen Gesprächen zusammengebracht, dass auch das Angebot in den Bezirkshauptstädten ausgebaut wird. In Leoben ist so eine Einrichtung dankenswerterweise entstanden und ein ganz wichtiges neues Projekt hat

die Vinzenzgemeinschaft bereitgestellt, das nennt sich SOLIDO, wo auch vor allem Klienten unterstützt werden, die quasi schon am Sprung zur eigenen Wohnung sind. Ich möchte hier festhalten, keiner muss in unserer Stadt frieren oder hungern. Wir haben für jede und jeden einen Platz. Sollte sich das ändern, bin ich gerne bereit, jederzeit als Sozialstadtrat hier nachzubessern, aber das möchte ich hier festhalten und ich möchte einen ausdrücklichen Dank an die Caritas und die Vinzenzgemeinschaft richten und auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes. Daher ist aus unserer Sicht derzeit die Dringlichkeit nicht gegeben und auch nicht die Dringlichkeit, eine neue Wohnungslosenstudie zu machen. Wir sind eben am Abarbeiten, vielleicht in ein bis zwei Jahren, dass man noch einmal so eine Studie machen, aber derzeit nicht. Dankeschön.

Wutte:

Gut, da es sich abzeichnet, dass die Dringlichkeit nicht gegeben sein wird, möchte ich jetzt natürlich antworten auf Ihre Wortmeldungen. Zuerst zu dir, Kurt, das habe ich in meinem Antrag eh auch ausgeführt, dass es grundsätzlich eine super Abdeckung gibt an Notschlafplätzen und betreuten Wohnungen usw., also da ist es, denke ich, vom Angebot her schon ok. Ich freue mich auch über die Bereitschaft, dass du auch eine neue Studie andenkst, weil die Empfehlung von ExpertInnen, also auch von anderen Städten, wo es teilweise jährliche Studien dazu gibt, könnte man schon einmal andenken, dass das wieder kommt, um sich die Situation anzuschauen.

Zwischenruf StR. Hohensinner: Nicht jetzt.

Wutte:

Ok.

Nun zu Ihnen, Herr Vizebürgermeister, was ich jedenfalls einmal festhalten möchte, jeder Antrag, den ich da im Gemeinderat einbringe, hat eine inhaltliche Grundlage und ist faktenbasiert. Das ist vielleicht Ihr Verständnis von Politik, einfach nur, weil man ein Thema setzen will, einen Antrag einzubringen, aber so verstehe ich Politik nicht. Für mich bedeutet Politik, dass ich mich mit ExpertInnen treffe und das Gespräch mit ihnen suche, mir anhöre, wo die Problemstellungen liegen und dann einen Antrag formuliere. Wenn Sie z.B. die VertreterInnen des Forums Wohnen, die seit Beginn dieser Gemeinderatsperiode, so glaube ich, probieren, mit Ihnen einen Termin zu bekommen, wenn Sie sich mit denen einmal zusammensetzen würden, wüssten Sie, dass es dieses beschriebene Problem gibt. Meines Wissens nach haben die noch nie bei Ihnen einen Termin bekommen, obwohl Sie für das Thema zuständig sind. Ich bin eben mit den Leuten in Kontakt und sie sagen mir, es ist ein Problem. Natürlich ist es ein Unterschied, ob die Meldedauer, die man erreichen muss, ein Jahr ist oder fünf Jahre. Weil natürlich können innerhalb von fünf Jahren mehr Meldelücken, oder irgendwelche Probleme entstehen als innerhalb von einem Jahr und von dem her hängt natürlich auch mit den veränderten Gemeindewohnungsrichtlinien zusammen. Noch einmal der Konnex zur Studie, wenn man sich jetzt wirklich auch bemühen würde, mit allen Einrichtungen das Gespräch zu suchen, um zu schauen, wie sich die Vermittlung in Richtung Gemeindewohnungen entwickelt hat, würde man auch sehen, dass es da Rückgänge gibt. Aber die Zahlen haben wir ja leider nicht und ich würde es auch in Ihrer Verantwortung sehen, sich diese Zahlen von den Einrichtungen zu holen. In puncto Wohnungsamt, ich finde das total erfreulich, wenn es im Einzelfall Lösungen gibt für Menschen in Notsituationen. Nur ich glaube, dann ist vielleicht auch der Auftrag, das einfach an alle Einrichtungen, die mit Wohnungslosen arbeiten, transparent zu kommunizieren und dass denen einfach klar ist, in welchen Notfällen die Leute trotzdem eine Gemeindewohnung bekommen können, weil da ist der Informationsstand, so glaube ich, sehr unterschiedlich. Da würde ich Sie auch darum ersuchen. Dankeschön.

Eustacchio:

Frau Kollegin, man hat halt unterschiedliche Zugänge aus politisch unterschiedlichen Sichtweisen. Wir haben bei Wohnen Graz eine hervorragende Stelle, das ist WOIST, Wohnungsinformationsstelle, die für alle Menschen in dieser Stadt Graz zur Verfügung steht. Das ist für Hausbesitzer, für Wohnungseigentümer, für Mieter, auch für Einrichtungen, die sich um Menschen kümmern, die von Wohnungsnot betroffen sind, das ist etwas, was man abholen kann, deswegen bieten wir es an, vielleicht übermitteln Sie diese Botschaft, dass das jederzeit abholbar ist. Da wäre ich Ihnen sehr dankbar dafür.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ und Neos) abgelehnt.

**9.6 Lastenrad-Offensive
(GRⁱⁿ Ussner, Grüne)**

Ussner

Mein dringlicher Antrag heute betrifft eine Lastenrad-Offensive für Graz. Erfreulicherweise ist das ja nicht nur am Stadtbild zu beobachten, dass es immer mehr Lastenräder in Graz gibt, sondern auch an Zahlen festzumachen. Also seit 2011 die Lastenradförderung vom Umweltamt eingeführt wurde, haben die sich jährlich von am Anfang vier Förderungen bis im Jahr 2019 auf 98 Förderungen gesteigert und insgesamt hat jetzt in diesem Zeitraum das Umweltamt den Ankauf von 363 Lastenrädern fördern können. Lastenräder werden meistens unterschätzt, weil die haben eigentlich ein sehr großes Potential, die PKW-Fahrten im urbanen Raum zu ersetzen. Laut VCÖ, der legt nämlich folgende Zahlen vor zum Verlagerungspotential, also 25 % der Lieferungen und Transporte im Bereich Güterverkehr, Paketzustellungen

usw. könnten eigentlich von Lastenrädern erledigt werden. 50 % der dienstlichen Fahrten, wie z.B. von Installateuren oder anderen Handwerkern, HandwerkerInnen könnten mit Lastenrädern umgesetzt werden und 77 % der ganzen Einkaufsfahrten in den Supermarkt, in den Baumarkt oder zu sonstigen anderen Geschäften könnte man eigentlich mit dem Lastenrad zurücklegen. In einer Stadt, wo wir im urbanen Raum, in einer Stadt wie Graz, wo wir einfach im urbanen Raum massive Probleme mit dem KFZ-Verkehr haben, sollte man sich das auch genauer anschauen. Nur auch noch einmal zum Vergleich, weil es interessant ist, dass Lastenräder sogar mehr transportieren können als PKWs, das glaubt man nämlich gar nicht, das ist aber oft so.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Die Badewanne zum Beispiel...

Ussner:

Ein Lastenrad hat z.B. das Ladevolumen zwischen 100 und 500 Liter, wobei ein normaler PKW meistens bis zu max. 400 Liter Ladevolumen hat. Wer die „Fahrbar“ kennt, das ist ja eine Initiative oder ein neuer Laden in Graz, die haben auf einem Lastenrad eine Bar aufgebaut mit Kaffeemaschine und Kühlung und die haben auch sehr viel, weil die haben das selbst gebaut, die haben sehr viel mit Lastenräder experimentiert und sind dann draufgekommen, was eh logisch ist, dass wenn du dir jetzt z.B. ein Paket vom Ikea abholst, das zu lange für den PKW ist, das kann man aber trotzdem auf ein Lastenrad draufschnallen. Also manchmal kann man mit Lastenrädern einfach bestimmte Pakete oder Dinge besser transportieren als mit dem Auto. Abgesehen davon, dass sie natürlich logischerweise viel besser für die Umwelt, für die belastete Feinstaubsituation in Graz sind. Wir haben heuer bereits neun Überschreitungstage gehabt. Ein Punkt, der auch noch sehr wichtig ist, ich bin dann gleich fertig, sind die sicheren Abstellplätze für Lastenräder. Da gibt es nämlich gar nichts in Graz. Ich kann davon ein Lied singen, denn mir ist 2016 ein Lastenrad gestohlen worden. Das war eine Woche, in der innerhalb von einer Woche in Graz drei

Lastenräder gestohlen wurden, zwei waren von der FGM und eines eben von mir damals. Das heißt, es braucht einfach sichere Abstellmöglichkeiten, weil sonst passiert es, dass die Leute die Lastenräder am Gehsteig zu irgendeinem Verkehrsschild hinzusperrten und dann den Gehsteig blockieren, was ja auch nicht sinnvoll ist. Da ist einfach eine große Lücke in Graz. Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung zu prüfen, welche Maßnahmen prioritär zu setzen sind, um mehr Transportverkehr vom PKW auf Lastenräder zu verlagern. Insbesondere soll dabei die Verbesserung der Abstellplatzsituation für Lastenräder, der Ausbau der Ausleihmöglichkeiten nach Vorbild der Bezirksratsinitiativen sowie die Aufnahme von Lastenrädern für Hausgemeinschaften in Mobilitätsverträge geprüft werden. Über diese Prüfung soll dem Verkehrsausschuss bis April 2020 Bericht erstattet werden.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Erfreulicherweise steigt die Anzahl an genutzten Lastenrädern in unserer Stadt stetig. Dies ist sowohl im Stadtbild zu beobachten als auch an den jährlich steigenden Zahlen der städtischen Lastenradförderungen zu messen. Seit 2011, als die Lastenradförderung eingeführt wurde, haben sich die Förderzahlen steil nach oben entwickelt und zwar von 4 Förderungen im ersten Jahr auf 98 Förderungen im Jahr 2019. Insgesamt konnten in diesem Zeitraum über die Umweltförderung der Ankauf von 363 Lastenrädern für betriebliche Zwecke und Hausgemeinschaften unterstützt werden.

Anders als häufig angenommen, haben Lastenräder, auch elektrisch unterstützte, das Potenzial, viele PKW-Fahrten im urbanen Raum zu ersetzen. Der VCÖ legt folgende Zahlen zum Verlagerungspotenzial von KfZ-Transportern auf Lastenräder vor:

- *25% der Lieferungen und Transporte (Gütertransporte, Paketzustellung etc.)*

- 50% der dienstlichen Fahrten (Installateur etc.)
- 77% der Einkaufsfahrten (Supermarkt etc.) könnten mit dem Lastenrad zurückgelegt werden.

Quelle:

https://www.vcoe.at/files/vcoe/uploads/Magazin/2017_01%20Transportraeder/VC%3%96Magazin%202017_01%20Transportr%C3%A4der.pdf

Die Transportkapazität eines Lastenrades kann mit der eines PKWs durchaus mithalten, sowohl was das Ladegewicht (je nach Lastenradmodell zwischen 200 und 300 kg) als auch das Ladevolumen (zwischen 100 und 500 Liter) betrifft. Unvergleichlich besser schneidet das Lastenrad beim Platzverbrauch ab, vier Lastenräder finden beispielsweise auf dem Parkplatz eines PKWs Platz.

Lastenräder sind natürlich auch wesentlich besser für die Umwelt und könnten bei entsprechender Förderung und Angebot einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der belasteten Luftsituation in Graz leisten. Außerdem ist aktive Mobilität gesünder.

Es gibt in Graz schon einige Initiativen, die die Anschaffung und die Nutzung von Lastenrädern fördern. Zum einen gibt es die schon erwähnte Ankaufförderung für Lastenräder über das Umweltamt, zum anderen sind in den letzten Jahren sowohl über Privatinitiativen als auch über Bezirksratsinitiativen einige Ausleihmöglichkeiten entstanden. Genannt seien hier beispielhaft die Lastenräder, die über die Bezirksräte in Geidorf, Eggenberg, Lend, Jakomini und St. Leonhard angekauft wurden und der Bezirksbevölkerung zum Verleih angeboten werden.

Lastenräder haben noch viel Potenzial in Graz. Wir sollten uns hier durchaus an den herausragenden internationalen Beispielen wie Kopenhagen messen, wo auf 1.000 EinwohnerInnen 68 Lastenräder kommen. Um auch in Graz so erfolgreich zu sein, muss aber an einigen Schrauben gedreht werden.

So mangelt es beispielsweise an diebstahlsicheren Stellplätzen für Lastenräder, die dringend benötigt würden. Auch die bestehenden Ausleihmöglichkeiten sollten deutlich erweitert und zu einem zusammenhängenden System ausgebaut werden. Darüber hinaus gilt es zu prüfen, wie das Angebot an wohnortnahen Lastenrädern erweitert werden könnte. Hier könnte ein gangbarer Weg sein, in die Mobilitätsverträge, die im

Zusammenhang mit Bebauungsplanerstellung abgeschlossen werden, auch die Zurverfügungstellung von Lastenräder aufzunehmen.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG daher folgenden

dringlichen Antrag:

Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, gemeinsam mit der Abteilung für Verkehrsplanung zu prüfen, welche Maßnahmen prioritär zu setzen sind, um mehr Transportverkehr vom PKW auf Lastenräder zu verlagern. Insbesondere soll dabei die Verbesserung der Abstellplatzsituation für Lastenräder, der Ausbau der Ausleihmöglichkeiten nach Vorbild der Bezirksratsinitiativen sowie die Aufnahme von Lastenrädern für Hausgemeinschaften in Mobilitätsverträge geprüft werden. Über diese Prüfung soll dem Verkehrsausschuss bis April 2020 Bericht erstattet werden.

GR. Mag. **Muhr:**

Sehr geehrter Bürgermeisterstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin. Es ist in der Tat so, dass die Lastenräder ja lange unterschätzt, wenn nicht sogar immer belächelt wurden. Wenn man jetzt aber den Blick über die Grenzen wirft, z.B. nach Deutschland, dann sieht man, dass die Städte die Lastenräder massiv fördern, also wesentlich besser fördern als in Graz, weil sie ja einen wesentlichen Beitrag zur sanften Mobilität leisten und zur Verringerung des KFZ-Verkehrs in den Städten und damit auch weniger Lärm und Feinstaub produzieren und weniger Abgase und Staub dort vorhanden sind. Die von Kritikern gerne genannten Unmöglichkeiten, die neue Küche zu holen, brauchen wir auch nicht zu diskutieren, weil der Möbelkauf ist ja nicht das alltägliche Geschäft, aber wenn beispielsweise Geschäftstreibende in deutschen Städten für den Warentransport zwischen zwei Filialen lieber ein Lastenrad nehmen, weil es schneller und billiger ist, spricht das Ganze für sich. In diesem Sinne ist es ja für uns auch an dieser Stelle zu sagen, dass wir dieser Dringlichkeit zustimmen

werden und auch dem Inhalt zustimmen werden. Darüber hinaus möchte ich auch noch ganz kurz anmerken, dass wir 2016 im Bezirksrat Jakomini die Ersten waren, die ein Lastenrat auf Initiative von Gerald Kuhn damals angeschafft haben und auf Leihbasis unseren Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung gestellt haben, das sogar heute noch im Einsatz ist, soweit ich weiß. Aber die SPÖ Graz hat sich auch schon 2018 mit dem Lastenrad beschäftigt und zwar gab es einen Antrag von unserer Kollegin Anna Robosch, wo sie auf Leihbasis damals vorgeschlagen hat, Lastenräder z.B. bei Wohnbaugenossenschaften, also Wohngemeinschaften, einzuführen. Dieser Antrag wurde am 18.9.2018 gestellt, aber es gab bis heute leider keine Antwort und der Antrag ging an dich, liebe Elke, und ich darf ihn, wenn ich schon die Gelegenheit habe, dir diesen Antrag hier noch einmal übergeben. Vielleicht bekommen wir irgendwann einmal bald eine Antwort. Danke.

GR Mag. Egger:

Herr Vizebürgermeister, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Das ist für mich ein sehr spannender dringlicher Antrag, weil er zwei Dinge zutage fördert, die mich jetzt nicht großartig überraschen, aber die man doch näher beleuchten sollte. Das Erste ist, der Antrag wird scheinbar deswegen gestellt, weil die zuständige Stadtsenatsreferentin scheinbar nicht genügend Ideen hat, wie man quasi Verkehr in Graz neu gestalten kann und daher versucht man mit ein paar Anregungen, auch dafür zu sorgen, dass man kreativ darüber nachdenkt, wie man diesen Herausforderungen auch Herr wird. Das Zweite, was in diesem Zusammenhang zutage gefördert wird ist, dass die Grünen in dieser Stadt nach wie vor klein, klein denken und nicht so wie die Bundes-Grünen, versuchen, das große Ganze zu sehen und einfach darüber nachdenken, wie kann man diese Stadt gemeinsam gestalten, wie kann man gemeinsam große Lösungen andenken und einfach versucht, kleinste Akzente zu setzen, um irgendwie populistisch dann das vor sich herzutragen. Aber ich habe mir auch einen Vorsatz genommen. So

wie der Kollege Sippel. Ich werde auch versuchen, nett zu sein. Daher wird es zur Überraschung von einigen auch die Zustimmung zur Dringlichkeit geben und dann in weiterer Folge auch zum Antrag, weil es, so glaube ich, schon notwendig ist, auch in einer Stadt, die sich vorgenommen hat, in der nächsten Zeit 100 Mio. Euro in eine Mobilitäts- bzw. Fahrradoffensive zu investieren, dass man Maßnahmen setzt. Wir sind da gerne mit dabei, unterstützen das und ich hoffe, dieser Vorschuss an Lorbeeren wird auch positiv zur Kenntnis genommen.

GRⁱⁿ Ussner:

Lieber Kollege Kurt Egger, ich glaube nicht, dass es der Verkehrsplanung und dem Verkehrsressort an Ideen fehlt, sondern eher an Ressourcen. Es ist schön, dass ihr das als Anregung für eure 100 Mio. an Radfahrbudget nehmt, für das es ja noch keine Projekte gegeben hat bisher, aber ich freue mich, dass das anscheinend durchgeht und zwecks klein, klein: Die Zahlen 77 % der Einkaufsfahrten, die generell mit dem KFZ-Verkehr zurückgelegt werden und vom Lastenrad ersetzt werden könnten, das ist schon etwas, das ist nicht klein, klein. Aber danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Inhalt des Antrages wurde einstimmig angenommen.

9.7 Absicherung der PUT-Teams zur Unterstützung für Brennpunktschulen (GRⁱⁿ Mag.^a Bauer, SPÖ)

Bauer:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Besucher auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich möchte heute in meinem dringlichen Antrag ein Thema thematisieren, das wirklich in unserer eigenen Kompetenz und Zuständigkeit hinsichtlich der Ausrichtung liegt, nämlich Absicherung der Psychosozialen Unterstützungs-Teams an Brennpunktschulen. Die Auflösung ist, so glaube ich, allen auch bekannt. Es wurde medial thematisiert, dass 23 ExpertInnen, die Unterstützungsleistungen an Brennpunktschulen liefern und leisten, gekündigt wurden, weil die Finanzierung fehlt. Wir haben bereits als SPÖ im Vorjahr darauf hingewiesen, zu Beginn des Jahres, dass hier eine finanzielle Lücke droht, dass man mit einer Weiterfinanzierung sich beschäftigen muss. Wir haben auch zweiseitig in unserer eigenen Zeitung darauf hingewiesen. Warum sind diese Teams so wichtig? Weil sie genau eine Schnittstelle abdecken, wo die Schule zur Sozialarbeit greifen muss. Das, was die Schule selbst nicht leisten kann, wird von diesen Teams aufgegriffen, hier werden Gespräche mit den Eltern geführt. Warum ist das hier, die Schule ist ein wichtiger Ort, die Schule ist eine Schnittstelle, wo die Familien gut erreicht werden können, wenn es Probleme gibt und das ist auch ein Ort, wenn es Integrationsprobleme gibt, die aktiv anzusprechen und voranzutreiben. Es ist unverständlich, dass dieses Modell nicht fortgeführt werden konnte und es zur Kündigung und zum Scheitern kam. Die Politik ist dringend aufgefordert, hier eine Lösung zu suchen. Ob die Bildungsdirektion hier auch miteingeflochten wird, ist mit der Bildungsdirektion selbst abzuklären, wünschenswert ist es. Die Stadt Graz ist in diesem Punkt nicht selbst zuständig, aber wir sind unmittelbar betroffen. Es ist in unserer Verantwortung, hier aktiv zu werden und wir wollen Bund und Land auffordern, die Finanzierung aufzustellen. Denn Bildung ist ein Schlüssel für die gelungene Integration, Bildung und Integration sind eng miteinander verwoben und wir wissen, dass die gute Bildung Zukunft schafft und das wollen wir

allen Kindern in unserer Stadt auch ermöglichen. Wenn jetzt keine Lösung zustande kommt, ist die zweite Überlegung, dass die Stadt Graz hier in Vorleistung tritt und zur Überbrückung Mittel bereitstellt. Ich möchte auch gerne, dass der Bedarf abgeklärt wird. Der Herr Zollneritsch hat gesprochen, dass der Bedarf doppelt so hoch ist, wie derzeit das Angebot ist. Tatsächlich wissen wir es nicht. Auch diese Frage wurde in der Vergangenheit zwischen der Stadt und der zuständigen Stelle auf der Landesebene hin- und hergeschoben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche euch, meinem dringlichen Antrag zuzustimmen. Der Antragstext liegt euch vor. Diese Leistung ist unverzichtbar, es sind besondere schwierige Aufgabenstellungen, die das Team hier an Brennpunktschulen leistet und ich möchte gerne, dass eben hier Gespräche geführt werden. Ich habe alles angeführt, es kann natürlich zu weit sein, aber das ist etwas, das darf nicht zwischen den Kompetenzen hin- und hergeschoben werden. Es werden hier Bundesregierung, Nationalrat, Steiermärkische Landesregierung, der Landtag dringend ersucht, eine Einigung betreffend Co-Finanzierung, Mitwirkungskompetenzen betreffend dieses PUT-Projekts zu erzielen und den betroffenen Schulen diese zwingend notwendigen psychosozialen Unterstützungsteams weiter zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus wird Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, bei den Grazer PflichtschulleiterInnen umgehend das Ausmaß des tatsächlichen Bedarfs an PUT-Unterstützungen für die einzelnen Grazer Schulstandorte erheben zu lassen. Auf Basis dessen ist zu prüfen, inwieweit seitens der Stadt als kurzfristige Überbrückung für die PUT-Weiterführung an den städtischen Schulen bis zu einer Einigung zwischen Bund und Land die für die Co-Finanzierung mit dem Bund erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich ersuche um eure Zustimmung zu diesem Antrag hinsichtlich der Dringlichkeit und Inhalt.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Auflösung der sogenannten PUT-Teams - das ist gleichsam das Nachfolgemodell der ehemaligen mobilen Integrations-Teams (MIT) - mit der zu Jahresende erfolgten Kündigung von 23 ExpertInnen dieses psychosozialen Unterstützungsteams sorgt aufgrund der Brisanz für heftige Diskussionen. Und das aus gutem Grund: Gerade für die sogenannten Brennpunktschulen ist diese professionelle Unterstützung nahezu unverzichtbar. Weswegen ja seitens der SPÖ bereits im Vorjahr mit einer Anfrage mit aller Deutlichkeit auf diese Problematik betreffend das Aus für MIT hingewiesen wurde. Welche Bedeutung diese PUT- oder vormals MIT-Teams für unsere Schulen speziell in Hinblick auf die Arbeit mit Kindern mit nicht deutscher Muttersprache und deren Familien haben, ist in den letzten Tagen umfassend in den Medien dargelegt worden und braucht an dieser Stelle wohl nicht mehr lang und breit wiederholt zu werden. Barbara Kefer, Direktorin der Volksschule Bertha von Suttner, hat es auf den Punkt gebracht: „Das hier in der Volksschule ist der einzige Zeitpunkt, die einzige Schnittstelle, an der wir diese Familien dank dieser Experten gut erreichen können, sie hereinholen und etwas bewegen. Das ist die einzige Chance, um Integration aktiv voranzutreiben.“ Umso unverständlicher ist es, dass dieses Modell – von dem im Übrigen alle ernstzunehmenden ExpertInnen überzeugt sind – daran scheitern soll, dass sich Bund und Land nicht über die Kostenteilung bzw. die Mitsprache einigen können. Und umso verständlicher ist, dass mittlerweile dutzende SchulleiterInnen – auch aus Graz – ihre große Besorgnis zum Ausdruck gebracht und die Bildungsdirektion dringend aufgefordert haben, eine Lösung für den Erhalt dieser Teams zu suchen. Auch wenn die Stadt Graz – da nur Schulerhalterin im Pflichtschulbereich – in dieser Causa keine unmittelbare Zuständigkeit hat, so liegt es aus unserer Sicht sehr wohl in der Verantwortung der Stadt gegenüber den die betroffenen Schulen besuchenden Kindern, deren Eltern und den dort tätigen PädagogInnen und SchulleiterInnen initiativ zu werden. Daher sind selbstverständlich Bund und Land Steiermark dringend aufzufordern, eine Einigung für die Kofinanzierung und somit Fortführung der PUT-Teams zu erzielen.

So wichtig, richtig und notwendig ein solcher Appell ist und auf jeden Fall erfolgen sollte, ist aber jetzt auch konkretes Handeln erforderlich: Bildung ist ein Schlüssel für gelungene Integration, Bildung und Integration sind eng miteinander verwoben – und eine gute Bildung schafft Zukunft: für jeden und für jede Einzelne, aber auch für die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Daher erscheint es als wünschenswert, dass die Stadt Graz – damit PUT weitergeführt wird - vorab zur Überbrückung die Mittel für die Co-Finanzierung mit dem Bund bereitstellt. Voraussetzung wäre natürlich, überhaupt einmal zu wissen, wie hoch tatsächlich der Bedarf für diese PUT-Teams in Grazer Brennpunktschulen ist. Auch wenn aufgrund der vorjährigen Anfrage seitens des ABI festgehalten wurde, dass diese Frage an die zuständige Landesrätin gestellt werden müsse, die Stadt könne keine Auskunft geben, scheint es doch zweckmäßig und auch als ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber den schwierigen Aufgabenstellungen der in Graz tätigen PädagogInnen zu sein, diese Frage direkt über die Schulleitungen abzuklären. Dies auch deshalb, da mittlerweile seitens etlicher LehrerInnen jene Kriterien, die angewandt werden, um herauszufiltern, ob Kinder als „außerordentliche SchülerInnen“ geführt werden sollen, als – vorsichtig gesagt – hinterfragenswert, weil „beschönigend“ empfunden werden. Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz betont die Unverzichtbarkeit von unterstützenden Projekten wie PUT bzw. vormals MIT speziell für die schwierigen Aufgabenstellungen in den sogenannten Brennpunktschulen. Um die psychosozialen Unterstützungsteams im Sinne des oben angeführten Motivenberichtes doch noch abzusichern,

- 1. werden Bundesregierung, Nationalrat, die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag dringend ersucht, eine Einigung betreffend Co-Finanzierung und Mitwirkungskompetenzen betreffend das Projekt „PUT“ zu erzielen, damit den betroffenen Schulen diese zwingend notwendigen psychosozialen Unterstützungsteams weiter zur Verfügung stehen*

2. *wird Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, bei den Grazer PflichtschulleiterInnen umgehend das Ausmaß des tatsächlichen Bedarfs an PUT-Unterstützungen für die einzelnen Grazer Schulstandorte erheben zu lassen. Auf Basis dessen ist zu prüfen, inwieweit seitens der Stadt als kurzfristige Überbrückung für die PUT-Weiterführung an den städtischen Schulen bis zu einer Einigung zwischen Bund und Land die für die Co-Finanzierung mit dem Bund erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können.*

StR. Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Susanne.

Gesellschaftliche Themen, Probleme und Herausforderungen werden immer zuallererst in unseren Schulen sichtbar und auch spürbar. So auch die Integrations- und Migrationsherausforderung, die uns speziell seit 2015 sehr fordert. Ich möchte zu Beginn einige Zahlen einbringen, die auch zur Versachlichung dieses Themas dienen. Wir haben gerade in den letzten Tagen auch in einigen Zeitungen gelesen, wie viele Kinder mit nicht deutscher Muttersprache wir in unseren Volksschulen haben. Diese Zahl beträgt, und da stimmen wir mit dem Land überein, 53,91 %. Ich möchte aber auch eine zweite Zahl wirklich unbedingt gegenüberstellen, das ist nämlich jene der Kinder, die einen AO Status haben, nämlich einen Sprachförderbedarf. Aus meiner Sicht muss gerade da angesetzt werden, und über die ganze Stadt verteilt haben wir da 16,55 %. Was ist zu tun? Einerseits dürfen wir das Schulsystem nicht überlasten, da gibt es aus meiner Sicht zwei Zugänge: Einerseits müssen wir den Bund bei einer restriktiven Zuwanderungspolitik weiter unterstützen und zum Zweiten ist aus meiner Sicht auch für die Steiermark eine Residenzpflicht sinnvoll. Diese Forderung wird auch seitens der Caritas, seitens des Caritas-Direktors Beiglböck unterstützt. Andererseits ist es das Gebot der Stunde, dass wir zugezogene Kinder so unterstützen, dass sie auch in unserem Bildungssystem Fuß fassen. Da gibt es eine Reihe von Maßnahmen, das beginnt bei der Sprachförderung in unseren Kindergärten mit dem Ziel, dass die Kinder so Unterstützung erfahren, dass sie bei Schuleintritt auch dem Unterricht folgen

können, da man die Mittel verstärkt, diese Sprachförderung gibt es auch in den Schulen, am Vormittag über Landes- und Bundesmittel, am Nachmittag über städtische Mittel. Wir haben auch die Deutschförderklassen, wir haben Schulsozialarbeit, da waren wir Vorreiter als Stadt Graz. Wir haben ganz viele individuelle Projekte an Schulen. Ein Projekt, das sehr gut ankommt, ist die Sprachförderung in den Ferien, weil wir wollen nicht, dass das eine Zeit ist, die versäumt wird und eben auch die sogenannten psychosozialen Unterstützungsteams und ich kann euch, Ihnen versichern, dass ich da im ständigen Austausch mit unserer neuen Bildungslandesrätin bin. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch eine Lösung herbeiführen werden. Ich möchte nur ganz kurz die Rolle der SPÖ ein wenig hervorstreichen in der ganzen Diskussion. Weil das ist nicht ganz eine gerade Linie. Diese Problematik ist ja schon im letzten Jahr aufgeschlagen. Acht von neun Bundesländern haben eine Lösung herbeigeführt, 8 von 9 Bildungslandesräten/rätinnen haben eine Lösung herbeigeführt. Bildungslandesrätin Ursula Lackner hat es leider nicht zusammengebracht. Jetzt ist die Juliane Bogner-Strauß am Zug, ich hoffe, wir werden gemeinsam eine Lösung finden und kann auch sagen:

Bei Punkt 1, wir werden zustimmen, bei Punkt zwei nicht, weil der Bedarf ist nachgewiesen. Die Bildungsdirektion ist zuständig, den Bedarf zu erheben, den wissen wir, den weiß auch der Herr Zollneritsch und ich darf nur sagen, für die Abholung der Kinder in unseren Schulen sind ja eigentlich die Eltern zuständig. Was du auf deinem T-Shirt stehen hast, aber wenn es darum geht, dass wir kein Kind in unserem Bildungssystem zurücklassen, ich glaube, da sind wir uns alle einig und da gibt es eine breite Unterstützung (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ Mag.^a **Schleicher:**

Hoher Gemeinderat, liebe Zuhörer, liebe Antragstellerin. Das Thema Grazer Volksschulen und der hohe Anteil an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, das beschäftigt mich, seitdem ich hier im Gemeinderat tätig bin, seit 2013. Das Problem besteht seit Jahren, das ist nichts, was von heute auf morgen passiert ist, sondern es ist ein schleichender, ganz langsamer Prozess gewesen. Das hat nicht voriges Jahr stattgefunden dieses Phänomen, das ist seit Jahren zu sehen gewesen. Da möchte ich jetzt schon ganz kurz ausholen, wo die Verantwortlichkeit für die jetzige Situation liegt. Die jetzige Situation, die brisant ist, wie wir ja schon gehört haben, eben in den Brennpunktschulen, aber auch in der Situation, dass wir in Graz überhaupt so viele Brennpunktschulen haben mit einem so hohen Anteil an Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, Anteile von 70 bis 80 oder sogar 90 %, das haben wir gerade letztens in der Zeitung lesen können, sind ja keine Seltenheit, sondern eher häufig. Verantwortlich für diesen jetzigen Zustand sind die Regierungen der letzten Jahre. Schwarz-rote Regierungen, natürlich unterstützt vom jetzigen neuen Regierungspartner, den Grünen, mit ihrer Willkommenskultur. Verantwortlich für diese brisante Situation sind die letzten 20 Jahre mit einer absolut verfehlten Einwanderungs- und Zuwanderungspolitik (*Appl. FPÖ*). Mitverantwortlich ist auch ein Sebastian Kurz, mit einer rot-schwarzen Regierung, mit einer schwarzen Innenministerin 2015, die nichts gegen diese illegale Migrationswelle unternommen hat. Jetzt soll es der neue/alte Kanzler Kurz im Bund richten. Im Land die Bildungslandesrätin Bogner-Strauß und in der Stadt der Stadtrat Hohensinner. Was die ÖVP mit der SPÖ in Wahrheit selber in den letzten Jahren im Bund und auch im Land eigentlich angerichtet haben, das ist irgendwie eine paradoxe Situation für mich, irgendwie so, als würde jemand etwas anzünden und sich dann abfeiern lassen, wenn er kommt um zu löschen. Wir Freiheitlichen fordern seit Jahren, und nicht erst seit den letzten zwei Nationalratswahlen, Sachen, wie Deutsch als verpflichtende Schulsprache, einen Wertekodex und einen absoluten Zuwanderungsstopp. Besonders für Graz, denn nichts kann ewig wachsen. Durch den enormen Zuzug leidet, wie wir jetzt gehört haben, nicht nur die Bildung, das Sozialsystem, sondern auch die Sicherheit, einfach

kurz die Lebensqualität. Zurück zum Anfang, zu den Brennpunktschulen, die ja bedauerlicherweise existieren, deshalb sind wir auch für diesen Antrag. Ich bitte nur um getrennte Abstimmung.

StRⁱⁿ Kahr:

Danke für den dringlichen Antrag. Wir werden natürlich auch dem Inhalt zustimmen in allen Punkten. Ich möchte nur einmal, ich habe das hier schon vor mehreren Monaten einmal gesagt, und der Herr Bürgermeister hat das damals eigentlich auch unterstützt, weil hier jetzt wieder steht von anzünden, brennen, Brennpunktschulen, wir reden hier über Kinder. Über Kinder, die eine Unterstützung brauchen und vor allem auch die Lehrenden. Das ist natürlich unsere Verpflichtung, alles dafür zu tun und ich möchte Ihnen eines sagen, ich würde wirklich davor warnen, noch einmal, das irgendwie auseinander zu dividieren, ob das Kinder mit Migrationshintergrund sind oder ohne, hineinzuzünden und ständig hier das Trennende zu sehen und das zu punzieren mit Brennpunktschulen, davor würde ich wirklich warnen. Es ist ja die Diktion, und die Susi Bauer hat das in Wirklichkeit ja nur übernommen, weil es ständig in diese Richtung geht. Sie wissen gar nicht, was Sie hier den Lehrenden, den Kindern und den Eltern antun, wenn Sie sozusagen diese Schulen und die Kinder in dieses Eck drängen, sondern wirklich hier zu helfen.

Bauer:

Dankeschön. Ich möchte mit meinem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bürgermeister hat das heute im Zuge des Ausscheidens unseres geschätzten Kollegen von der KPÖ gesagt, es geht um eine Versachlichung, dass wir das auch betreiben sollten und ich möchte euch das auch gerne in Erinnerung rufen. Hier geht es um eine Versachlichung, um etwas, das vor Ort bei den Schulen stattfindet, und, liebe ÖVP und

liebe FPÖ, eure Plattitüden sind erstens abgedroschen und zweitens lösen sie das Problem nicht. Ich möchte euch jetzt gerne sagen, ich habe Beispiele mitgebracht. Zu meinen ist das eine, dass man das aufrecht erhalten kann und zum Zweiten habe ich Beispiele mitgebracht, nämlich wann tritt dieses mobile interkulturelle Team PUT in Aktion? Dieses Team tritt in Aktion, damit ihr das wisst, es geht hier nicht um deutsche Sprachen, es geht nicht um die Sprache selber, es geht um das Verständnis, es geht nicht um die Residenzpflicht, Kurt Hohensinner, das wird uns auch nicht helfen. Wir haben heute hier und jetzt Probleme und wir haben sie heute hier und jetzt zu lösen. Also, um was geht es? Wenn ein Kind beispielsweise ohne Socken und ohne Stifte in die Schule kommt, dann sind die Lehrer und Lehrerinnen nicht in der Lage das Problem zu lösen, sondern hier helfen andere Personen, die zu den Familien Kontakt halten. Oder ein anderes Beispiel, das Kind kommt weinend in die Schule. Durchaus mit einem Asylhintergrund, weil es traumatisiert ist. Die LehrerInnen sind nicht in der Lage, und das ist auch nicht ihre Aufgabe, herauszufinden, ob das Kind traumatisiert ist, wie man die Traumatisierung heben kann, hier werden die Unterstützungsteams gerufen, die im Umfeld und in der Sprache kommunizieren können. Es ist sehr wichtig, ihr wisst, wie schwierig die Sprache ist, das muss nicht eine andere Sprache sein, wir haben andere Bilder im Kopf, wir sprechen alle Deutsch und verstehen uns oft nicht. Also das ist wirklich ein Zugang. Hier gibt es Beispiele und ich muss nur hier eines noch erwähnen, Kurt, du hast es gesagt, die politische Hin- und Herschieberei, zuständig ist im Endeffekt der Bund. Zuständig hätte der Bundesminister, jetzt abschließend Bundesminister Fassmann, das für alle Bundesländer gemeinsam lösen können und sollen, das wäre der gute, klare Zugang gewesen und ich würde das jetzt auch präferieren. Alle anderen Zugänge sind jetzt, auch wenn die Stadt, das ist gut, mit dem Land eine Lösung findet und ich bitte dich, auch zu sagen, ab wann das hier gelten kann, weil es ist wirklich eine dringliche Angelegenheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ganz gut, wenn wir manchmal gut und tiefer diskutieren, ich bedanke mich für eure Zustimmung und freue mich für die Kinder und für die Lehrer und Lehrerinnen, damit sie auch hier wieder dem Bildungsauftrag nachkommen können, dankeschön.

Eustacchio: Nun ist Stadtrat Hohensinner am Wort zur faktischen Berichtigung.

Hohensinner:

Ich bin direkt angesprochen worden, Susi, wir sind voll und ganz für die PUT-Teams. Wenn du das fragst, es ist allerdings so, dass acht von neun Bundesländer das Gott sei Dank geschafft haben, die Ressourcen in den Bundesländern zu halten. Nur die Steiermark hat es nicht geschafft und ich werde alles daran setzen, dass wir diese Ressourcen für unsere Kinder, für unsere Familien in die Steiermark holen. Das sei dir versprochen und du fragst bis wann. Du weißt es so gut wie ich, dass mit Februar die Kündigungen dann vollzogen sind. Das heißt, mit Ende Februar muss eine Lösung am Tisch liegen.

Eustacchio:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, über den Inhalt. Wir stimmen getrennt ab.

Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen, der Punkt 2 des Antrages mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

9.8 Bibliotheksoffensive - leichter Zugang zu Bibliotheken und Ausbau der Öffnungszeiten (GR Swatek, Neos)

Swatek:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie. Lesen ist der Schlüssel zur Welt und Lesen betrifft

uns alle jeden Tag und ist vor allem auch ein wichtiges Element in unserer Arbeitswelt, wenn es darum geht, sinnerfassend Texte zu verstehen. Leider wissen wir, dass in Österreich fast ein Viertel der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen können und wir wissen auch, dass die Lesefreude in Österreich generell nicht sehr hoch ist, denn ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher geben an, dass sie im Jahr kein einziges Buch lesen und einer OECD Studie zufolge ist es leider so, dass bei den 16- bis 65-Jährigen 17 % leider eine niedrige Lesekompetenz vorweisen und deswegen im OECD-Schnitt auch nicht gerade, was die Lesekompetenz betrifft, sehr weit vorne sind. Ich glaube, dass es sehr wichtig wäre, die Lesefreude vor allem auch in unserer Stadt wieder zu erwecken, weil vor allem, wenn wir es schaffen die gesamte Bevölkerung wieder mehr zum Lesen zu bringen, vor allem auch die Jüngsten in unserer Gesellschaft davon profitieren. Vor allem Eltern haben eine wichtige Vorbildwirkung und Kinder ahmen sehr oft Verhaltensmuster von Eltern nach und ich glaube, dass es da sehr wichtig ist, dass jeder auch die Möglichkeit hat, an Bücher zu kommen und jeder auch die Möglichkeit hat, unabhängig von seiner finanziellen Situation lesen zu können.

Eine wichtige Rolle im Lesen spielen meiner Meinung nach die Bibliotheken. Wir haben das Glück, dass wir in Graz Stadtbibliotheken haben, wir haben auch das Glück, dass die vor allem auch im letzten Jahr wieder ein sehr erfolgreiches Jahr hinter sich gebracht haben und ich glaube, dass genau dann, wenn es einem gut geht und wenn jemand stark ist, man noch einmal mehr Gas geben sollte und habe hier auch zwei Vorschläge mitgebracht, wie wir unsere Bibliotheken noch weiter ansetzen können. Derzeit ist es leider noch so, dass die Grazer Stadtbibliotheken am Wochenende gar nicht geöffnet haben und das finde ich persönlich sehr schade, denn wann hat man vor allem in seiner derzeitigen Lebensrealität Zeit, in Ruhe durch eine Bibliothek zu schmökern bzw. sich in Ruhe ein Buch auszuborgen und das zu genießen und das zu lesen, wenn nicht am Wochenende, in seiner Freizeit und deswegen würde ich es halt für sehr gut erachten, wenn man seitens der Stadtbibliothek prüfen würde, ob man nicht auch in Zukunft auch am Wochenende geöffnet hätte, um weiter Lebens- und Arbeitswelt bzw. Freizeit stärker zu verbinden, und der zweite Teil, der ein kleiner ist,

dass SozialCard-BezieherInnen der Stadt noch immer eine kleine Gebühr zahlen müssen für einen Jahreszugang zur Bibliothek. Es sind zwar nur 10 Euro, aber ich finde halt trotzdem, dass wenn man schon SozialCard-Bezieher ist, wenn man schon teilweise in einer Notlage ist und sich entscheiden muss, wofür man seine 10 Euro aufwendet, da vermutlich das Lesen nicht immer an erster Stelle steht, und Lesen sollte aber jedem ermöglicht werden und deswegen entweder die Jahresgebühr hier für SozialCard-Bezieher zu erlassen oder den Tagessatz zu erlassen, was dann noch einmal extra im Text kurz vorkommt, um halt jeden unabhängig von seinen finanziellen Ressourcen auch einen Zugang zu Büchern zu ermöglichen und deswegen stelle ich den

dringlichen Antrag:

1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Grazer Stadtbibliotheken auf das Wochenende durchgeführt werden kann.
2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob es möglich ist, SozialCard-BezieherInnen die Jahresgebühr der Grazer Stadtbibliotheken zu erlassen. Weiters soll geprüft werden, ob die Möglichkeit geschaffen werden kann, Sozialcard-Beziehern auch die kostenlose Leihe von Büchern zu ermöglichen, unabhängig von der SozialCard vielleicht vier Bücher alle zwei Monate, oder was da einem kreativ einfällt und was die Stadtbibliothek hier für sinnvoll erachten.

Vielen Dank und ich bitte um Annahme.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Lesen ist der Schlüssel zur Welt. Dabei ist schnelles und müheloses Lesen nicht nur das Tor zu atemberaubenden Geschichten und Welten, sondern auch die Grundlage für ein

erfolgreiches Arbeitsleben. Doch in Österreich können ein Viertel der Jugendlichen mit 15 nicht mehr sinnerfassend lesen, und auch die Lesefreude Österreichs in seiner Gesamtheit ist nicht berauschend. Ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher gibt an, im Jahr kein einziges Buch zu lesen.¹ Bibliotheken sind der Schlüssel, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Leselust der Grazerinnen und Grazer wieder zu entfachen. Denn Bibliotheken können Bürgerinnen und Bürgern einen einfachen Zugang zu Büchern ermöglichen. Besonders Eltern, die für ihre Kinder eine bedeutende Vorbildfunktion haben, sind eine wichtige Zielgruppe von Bibliotheken, um auch Kinder und Jugendliche wieder stärker zum Lesen zu bewegen. Denn Kinder übernehmen meist Verhaltensweisen und Gewohnheiten ihrer Eltern. Wenn man es schafft, Eltern wieder fürs Lesen zu begeistern, fördert man damit auch die Lesefreude- und -stärke unserer Kinder und Jugendlichen.

Obwohl Lesen vor allem in der Freizeit stattfindet, haben die Grazer Stadtbibliotheken am Wochenende, wenn am meisten Zeit fürs Lesen und Schmökern bleibt, zur Zeit gar nicht geöffnet. Durch Öffnungszeiten am Wochenende könnten sich die Grazer Stadtbibliotheken daher auch endlich der modernen Lebens- und Arbeitswelt anpassen und dabei die Vereinbarkeit von Beruf und der Freizeitaktivität Lesen verbessern. Um einen breiten Zugang zu ermöglichen, darf das Lesen auch keine Frage des sozialen Status oder der finanziellen Möglichkeiten sein. Um allen Grazerinnen und Grazern einen einfachen und kostengünstigen Zugang zu Büchern zu ermöglichen, sollten die Jahresgebühren für Sozialcard-Bezieher gestrichen sowie die kostenlose Ausleihe von Büchern ermöglicht werden. So kann jeder, unabhängig von finanziellen Mitteln, in den Genuss der Werke der Grazer Stadtbibliothek kommen. Dadurch kann die Lesefreude in unserer Stadt wieder gesteigert werden.

Gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

¹ Quellen: (1) https://www.spectra.at/fileadmin/news/2018/spectra_buecher.pdf

dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Grazer Stadtbibliotheken auf das Wochenende durchgeführt werden kann.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, ob es möglich ist, Sozialcard-BezieherInnen die Jahresgebühr der Grazer Stadtbibliotheken zu erlassen. Weiters soll geprüft werden, ob die Möglichkeit geschaffen werden kann, Sozialcard-Beziehern auch die kostenlose Leihe von Büchern zu ermöglichen.*

GRⁱⁿ Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Als KPÖ werden wir natürlich der Dringlichkeit als auch dem Inhalt voll und ganz zustimmen. Es gibt ja auch breiter schon den Wunsch, dass die Öffnungszeiten von Stadtbibliotheken, dass man das erweitert. So gibt es z.B. im Bezirk Gries den Beschluss, bezogen auf die Stadtbibliothek Zanklhof. Das halten wir für eine ausgezeichnete Idee. Das wird sicher geprüft und hoffentlich auch umgesetzt. Bezogen auf die SozialCard-Bezieher und BezieherInnen ist auch das für uns ein wichtiger Schritt, auch wenn die Gebühr nicht sehr hoch ist, aber es motiviert vielleicht doch noch zusätzlich viele Menschen, mehr auch zu lesen. Vielleicht nur eine Kleinigkeit, indirekt zahle ich quasi, wenn ich mir Bücher ausleihe, über die Jahresgebühr. Weil wenn ich mir sonst Bücher ausleihe, muss ich nicht zahlen, außer ich überziehe die Leihfrist, dann muss ich auch eine Strafe bezahlen. Aber insgesamt halten wir diesen Antrag, diesen dringlichen Antrag für sehr unterstützenswert. Danke.

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren auf der Zuhörer-Tribüne, lieber Niko, Landtagsabgeordneter, Klubobmann, Steiermarksprecher und auch noch Gemeinderat dazu, du hast offensichtlich in deiner multifunktionalen Tätigkeit einiges übersehen.

Dadurch dass du so stark ausgelastet bist, ich frage ich immer, was hast du eigentlich vorher getan, wenn das jetzt eh alles so locker nebenbei geht, man kann Landtag und Gemeinderat... aber sei es drum, es ist deine Sache.

Die Stadtbibliotheken, das ist ein Erfolgsmodell, ein Erfolgsmodell, das wir haben und ich gehe nur ganz kurz einmal darauf ein. Wir haben in den Stadtbibliotheken 390.000 Besucherinnen und Besucher im letzten Jahr gehabt, die sich Bücher ausgeliehen haben und zwar 1,3 Mio. Bücher. Jedes Buch ist also ungefähr 4-mal ausgeborgt worden, und weil du vor allem die Jugendlichen angesprochen hast und wenn ich mir das anschauen, wie viele Jugendliche hier heute auf der Tribüne sind, ja, die haben jetzt schon die Möglichkeit, bis 18 Jahre kostet es nämlich genau gar nix. Das heißt, man kann in jede Bibliothek gehen, in die Stadtbibliothek gehen und sich ein Buch ausleihen, auch mehrere Bücher ausleihen und es kostet nichts. Es beginnt erst ab dem 18. Lebensjahr, dass man dann einen kleinen Jahresbeitrag bezahlen muss und nicht fürs Ausleihen der Bücher. Das ist einmal das eine und das andere ist, was man auch noch festhalten muss, du forderst, dass am Wochenende die Bibliotheken offen haben, damit man auch am Wochenende etwas lesen kann. Ich kann dann vor allem am Wochenende etwas lesen, wenn ich mir das Buch vorher bereits ausgeliehen habe, dann habe ich es ja schon zu Hause und kann mir am Wochenende das gemütlich zu Hause durchschauen und lesen. Außerdem gibt es die Möglichkeit mit dem Postservice, das wir haben, dass ebenfalls schon am Samstag über dieses Postservice die Bücher zugestellt werden können. Also wir haben all das, was du da forderst, das gibt es im Prinzip schon. Die längeren Öffnungszeiten, da kann ich zusätzlich noch sagen, das unterstützen wir nicht, schon einfach aus dem gesellschaftspolitischen Hintergrund heraus, wann, wenn dann alles rund um die Uhr offen hat, wann hast du noch deine freien Tage, was ist mit der Sonntagsöffnungszeit? Wir kämpfen immer

dafür, dass am Sonntag die Geschäfte geschlossen halten, damit eben ein Familienleben noch stattfinden kann und du bist dann derjenige, der hergeht und sagt, nein, pfeif auf die Familie, wir machen einfach alles auf, es soll am Sonntag immer voller Betrieb sein. Noch einmal, die Bücher kann man sich vorher ausleihen, am Sonntag hat man so und so mehr Zeit zum Nachdenken und zum Durchlesen und da soll man es sich zuhause auch gemütlich machen und das Postservice, wie gesagt, das gibt es eh schon und unsere Stadtbibliotheken, eine Erfolgsgeschichte seit vielen, vielen Jahren und die unterstützen wir weiterhin und daher ist dieser Antrag alles andere, nur nicht dringlich.

Eustacchio:

Kollege Pogner hat mir ein Stichwort zugeworfen, ich darf eine Klasse aus der Kirchengasse begrüßen unter der Anleitung und Führung von Herrn Professor Lang, herzlich willkommen im Grazer Gemeinderat (*Allgem. Applaus*).

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann bitte, Herr Antragsteller, zum Schlusswort.

Swatek:

Ich hoffe jedes Mal, wenn der Kollege Pogner hier ans Podium tritt, dass er meinen Antrag auch gelesen hat, aber scheinbar macht er sich die Mühe meistens nicht, weil sonst würde er inhaltlich auf irgendeine Art und Weise einmal auf die Anträge eingehen und nicht einfach sinnlos Fakten runterzitieren, die wir eh alle bestens wissen.

Du hast Recht, Kinder und Jugendliche können sich die Bücher ausleihen, das halte ich auch für eine gute Sache, das steht auch in meinem Antrag nirgends. Das, was du da gerade widerlegst ist mir ein großes Rätsel, aber es hat dir ja sichtlich Spaß gemacht, auch wenn es keinen Sinn hinter sich hatte.

*Zwischenruf GR. **Piffl-Percevic**: Man kann ja auch ergänzen.*

Swatek:

Ich glaube schon, dass der Antrag dringend ist, weil wir halt sehen, dass ein Drittel der Bevölkerung gar kein Buch mehr liest in Österreich. Weil wir sehen, dass zwischen den 16- bis 65-jährigen 17 % niedrige Lesekompetenz haben und ich glaube, dass jede Person, der wir einen Zugang zu Büchern ermöglichen, ein guter ist und wenn du dich auch hier herausstellst und sagst, du möchtest nicht, dass Bibliotheken am Wochenende offen haben, dann frage ich mich, will die ÖVP, dass alle kulturellen Einrichtungen am Wochenende geschlossen sind? Schließen wir Museen in Zukunft samstags oder sonntags? Ist das eure Forderung, die man hier herauslesen kann? Oder seid ihr dafür, dass öffentliche Einrichtungen, die einen Mehrwert für die Gesellschaft bilden, dann offen haben, wenn die Personen Zeit haben, nämlich am Wochenende.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Wahlkampfthema, du hast die Zeit übersehen.*

Swatek:

Denn die Öffnungszeiten derzeit bei den Stadtbibliotheken die sind so, die haben nur bis 17 Uhr offen, außer an einem Tag bis 19 Uhr. Das ist halt, ehrlich gesagt, alles nur nicht freundlich gegenüber Personen, die im Arbeitsleben stehen und ich glaube, genau da müssen wir ansetzen und genau da geht der Antrag hin und da finde ich sehr schade, dass ihr hier keine Unterstützer seid und vor allem, dass ihr euch doch ein wenig polemisch darüber lustig macht, ohne den Antrag scheinbar durchzulesen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Eustacchio:

Damit haben wir den letzten Punkt erledigt. Ich darf mich bei allen, die uns heute besucht haben herzlich für Ihr Kommen bedanken, wünsche noch einen schönen Abend und schließe hiermit die Sitzung um 16.35 Uhr.